

# Proletarier

aller Länder, vereinigt Euch!

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

Zweimonatszeitung der  
IKP

Nr. 19 — Juli/Aug. 1982

Preis  
1 DM

## Eine Front mit den palästinensischen und libanesischen Kämpfern!

Von ihrem Boden vertrieben und ihrer Existenzgrundlage beraubt, zu Flüchtlingen und Proletariern gemacht, wurden die Palästinenser zu Kämpfern, die immer wieder drohen, den status quo im Nahen Osten über den Haufen zu werfen. Durch diplomatische Manöver und barbarische Unterdrückung - wie im jordanischen Schwarzen September 1970 oder mit dem syrisch-falangistischen Massaker im Lager Tall al-Saatar 1976 - versuchen die Vertreter dieses status quo, den palästinensischen Widerstand zu vernichten.

Diesmal fiel diese Rolle des Schlächters erneut dem israelischen Siedlerstaat zu. Mit einer Brutalität und Zielstrebigkeit, die den westlichen Imperialisten Respekt abverlangte, stieß die zionistische Armee bis nach Beirut vor. Weder die syrische Armee noch die UNO-Truppen machten auch nur die geringsten Anstalten, den Einmarsch zu verhindern: Letztere ließen sich einfach überrennen, während erstere sich Hals über Kopf zurückzogen und so die Palästinenser gegenüber dem Bombenhagel und Artilleriefeuer allein ließen. Ganze Städte wie Tyrus und Saida wurden dem Erdboden gleichgemacht, West-Beirut wird massiv bombardiert: 15.000 Tote, 15.000 Verletzte, 600.000 Flüchtlinge sind die vorläufige blutige Bilanz.

Aber die palästinensischen und libanesischen Massen leisten verbissen und mutig Widerstand. Die israelische Armee konnte die Altstadt von Tyros erst nach einem hartnäckigen Kampf von Haus zu Haus einnehmen. Und sie brauchte 12 Tage für die Eroberung Sidas. Ähnlich war es in Damour und anderen kleinen Städten. Trotz des Siegesgeschreis von Sharon, trotz der 6000 palästinensischen Gefangenen ist die "Säuberung" des Südens noch längst nicht zuende, und das nach vier Kriegswochen. Beirut konnten sie bisher nur einkreisen. Trotz ihrer 100.000 Soldaten, ihren 560

wichtiger Rückhalt für die Palästinenser sind, Zurückdrängung des syrischen Einflusses; auf dieser Grundlage hoffen sie dann, die libanesische Einheit unter falangistischer Führung wiederherstellen zu können. Dieses Vorhaben wird zweifellos nicht mit der Leichtigkeit verwirklicht werden, wie Begin und Sharon andauernd verkünden. Zu viele Fragen sind noch offen: Wohin mit den Palästinensern, die Israel nun im Libanon nicht mehr dulden will? Nach Syrien oder nach Ägypten, oder etwa zurück nach Jordanien? Und sind die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klasse Libanons bereit zur Zusammenarbeit? Werden sie die falangistische Führung akzeptieren? Haben die Falangisten überhaupt die militärische Kraft, eine dominierende Rolle im Libanon zu spielen? Sind die menschlichen und materiellen Kosten einer Eroberung West-Beiruts für die Israeli überhaupt zu verkraften? Deutet die Dauereinschüchterung des Widerstands in West-Beirut - ohne, daß eine Invasion erfolgt - nicht eher darauf hin, die ohnehin wankelmütige PLO-Führung zu einem faulen Kompromiß zu zwingen? Faßt der Imperialismus nicht auch die Möglichkeit ins Auge, den Widerstand der PLO-Basis durch einen demoralisierenden Abzug und eine Entwaffnung zu entmutigen? Will man nicht sogar die PLO-Führung (wie schon im Schwarzen September 1970) zur weiteren Kontrolle und Mäßigung der kämpfenden Massen retten? Sind in der "Peace-now"-Bewegung trotz ihres nationalistischen, um die Sicherheit Israels besorgten Standpunkts (der Krieg sei berechtigt gewesen, um eine 40 km tiefe palästinenserfreie Zone zu schaffen; alles darüberhinausgehende würde ein "friedliches Zusammenleben" Israels mit den Arabern und damit die Sicherheit Israels gefährden) nicht erste Elemente eines Bruches mit dem nationalen Konsens zu erkennen, ein Bruch, der bei der wirtschaftlichen Dauerkrise Israels notwendigerweise entstehen muß? Wie man sieht, ist die Lösung all dieser Widersprüche

### Südafrika



Die Zeitbombe tickt weiter

Der Bürgerkrieg gegen das weiße Rassenregime in Südafrika nimmt allmählich akute Formen an. Insbesondere seit der Niederschlagung des Aufstands von Soweto 1976 wenden sich mehr und mehr unterdrückte schwarze Afrikaner von der Politik des friedlichen Wandels und der Kompromißerei ab. Einerseits weitet sich der Guerillakampf gegen Einrichtungen und Personen des Apartheidsystems in den letzten Jahren ständig aus, andererseits sind es immer mehr die schwarzen Arbeiter, die durch ihre wichtigen Kämpfe zur Avantgarde eines Krieges werden, der nur mit der Zerschlagung des rassistischen Staates enden kann. Die schwarzen Bergarbeiter stehen in diesem Krieg in vorderster Linie: Am 29. 6. beginnt ein Streik von mehreren Tausend schwarzen Kumpels in der Driefontein-Mine, der größten Goldmine der Welt bei Johannesburg. Dieser Streik richtet sich gegen die ohne Verhandlung angeordnete Lohnerhöhung von 11% (bei 16% Inflation), gegen die bestialischen Arbeitsbedingungen (seit 1950 verunglückten 5500 afrikanische Bergarbeiter) und gegen die unerhörte Lohndiskriminierung (weiße Bergarbeiter verdienen bei besseren Arbeitsbedingungen zehnmal mehr als Schwarze).

Am 1. 7. weiten sich die Streiks auf drei

weitere Goldminen aus, 13.500 Arbeiter sind im Kampf, Steine fliegen, Gebäude werden angezündet. Die Bullen gehen mit Tränengas, Sand und Hubschraubern vor. Es gibt 300 Festnahmen und mehrere hunderte Entlassungen.

Am nächsten Tag weigern sich die Nachtschichtarbeiter der Driefontein-Mine, in die Stollen einzufahren. Es kommt erneut zu Aufruhr, an dem sich 8000 Arbeiter beteiligen. Die Bullen, unterstützt durch Werkschutzeinheiten, schießen in die Menge: 8 Tote und 15 Verletzte heißt es offiziell. In einer anderen Mine werden Bauten angezündet und abgeackelt, ein Kumpel wird von den Bullen erschossen. Wieder gibt es mehrere hundert Festnahmen.

Nach letzten Meldungen aus Südafrika sei nach einem Ultimatum der Firmenleitungen ein Teil der Streikenden zur Arbeit zurückgekehrt, während hunderte von Rädelführern verhaftet worden seien.

5. 7. 1982

der Stärke, Entschlossenheit, klaren Linien verfolgen, spricht die Pressionen im Vergleich zu den Konzessionen nach allen Seiten hin verstärken. Daß sie nach allen Seiten hin Schläge verteilt, ist unbestritten. Weniger chaotisch und sprunghaft ist die US-Außenpolitik jedoch keineswegs geworden. Sie muß gemachte Konzessionen zurücknehmen, Pressionen lindern, in Konzessionen verwandeln und umgekehrt. Man denke allein an den Zickzackkurs gegenüber dem Erdgas-Röhren-Geschäft, an die China-Politik, an den Rüstungsstreit mit der Sowjetunion.

Im vergeblichen Versuch, die Widersprüche zwischen den verschiedenen Verbündeten zu kitten, vermittelt die Administration in Washington einen chaotischen Eindruck.

Der Malvinenkrieg zeigte diese Lage sehr plastisch. Die argentinische Invasion war von den USA, deren Militärmission nach wie vor eine ganze Etage des argentinischen Kriegsministeriums belegt, genehmigt und mit ausgeheckt worden - zur Belohnung Argentiniens für den konterrevolutionären Einsatz in Mittelamerika und zur Bestrafung Europas. Entgegen den Erwartungen der USA antwortete England mit dem Krieg und zeigte damit eine neue Dimension der europäischen Politik. Damit wurden die USA diplomatisch in eine Sackgasse getrieben und mußten schließlich London unterstützen. Die US-Regierung habe "letzten Endes keine Wahl gehabt". Warum? "Die gesamte Ost-Westpolitik in Europa habe auf dem Spiel gestanden", verlautete aus dem US-Außenministerium (TAZ, 18. 5. 82)

Die Folgen sind klar. Zum einen weitere Rache-Pressionen gegen Europa, zumal vor dem Hintergrund der deutschen Ostpolitik: Das von den USA zunächst torpedierte, dann auf dem Gipfel von Versailles hingenommene europäische Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion wurde nach dem britischen Sieg im Südatlantik unverzüglich und direkt "verbotten". Und Europa - einschließlich Englands, des treuesten Verbündeten der USA, das im Grunde kein unmittelbares Interesse an dem Gasgeschäft hat - rückte zusammen und beugte sich nicht.

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

### In dieser Ausgabe:

Algerien

Die polnischen Arbeiter lassen sich nicht klein kriegen

Nach Bonn II

Die Anti-Reagan-Demo in Berlin

Die Terrorurteile gegen Michael Duffke und Markus Mohr

Zur politischen Entwicklung der iranischen Linken

Der „reale Sozialismus“, der 100 % kapitalistisch ist

USA — Der Klassengraben vertieft sich

Kämpfe gegen Betriebsschließungen und Massenentlassungen

Panzern und 2.400 gepanzerten Fahrzeugen und trotz der 120 175-mm-Haubitzen kann die israelische Armee nicht ohne weiteres in die Stadt einrücken. Die schätzungsweise 400.000 Köpfe zählende Bevölkerung West-Beiruts ist entschlossen, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen. Trotz der Aufforderung der Israelis an die Zivilbevölkerung, die Stadt zu verlassen, sind die meisten Leute der armen Bevölkerungsschichten geblieben. Sollen wir etwa zu den Faschisten fliehen?, denken viele. Sie profitierten vom überhasteten Abzug der Syrer, die ihre Waffen zurückließen, sodaß dort jetzt mindestens 50.000 Männer und Frauen bewaffnet sind und nicht allein 6000 PLO-Kämpfer, wie andauernd in den Nachrichten gemeldet wird.

Das unmittelbare Ziel des israelischen Einmarsches ist die Befriedung der Nordgrenze: Eliminierung des palästinensischen Widerstands im Libanon, Unterdrückung der libanesischen Massen, die ein

## US-Imperialismus kann internationale Widersprüche kaum mehr kitten Ermutigend!

Das internationale Gleichgewicht, der imperialistische Frieden, der aus dem 2. Weltkrieg hervorgegangen ist, beruht auf der russisch-amerikanischen Doppelherrschaft in Europa. Den ersten Rang als Weltmacht verdanken die USA zunächst ihrer unbestrittenen ökonomischen und militärischen Vorherrschaft. Mit dem militärischen Aufstieg der UdSSR und dem erneuten ökonomischen Aufstieg Europas (und Japans) wandelte sich die Lage. Inzwischen beruht die US-Vormacht auf der Trennung von militärischer und ökonomischer Macht bei den Konkurrenten. Der ökonomisch ernstzunehmende Gegner (Europa und Japan) ist militärisch vergleichsweise schwach; der militärisch ernstzunehmende Gegner (die UdSSR) steht ökonomisch auf schwachen Füßen. Die Außenpolitik der USA wird daher von einem wesentlichen Ziel beherrscht, nämlich ein mögliches Zusammengehen dieser beiden Machtfaktoren zu verhindern. Durch eine Abwechslung und Kombination von Pressionen und Konzessionen einerseits gegenüber Europa/Japan, andererseits gegenüber der UdSSR.

Diese Politik wird aber von einer Weltmacht verfolgt, die gerade als solche die ganze Welt mit einem System von Bündnissen, von Schutz- und Knechtungsverträgen überspannt. Griechenland und die Türkei,

Frankreich und Deutschland, Israel und Saudiarabien, China und Taiwan, Japan und die EG, Argentinien und Chile. Wollte man die verschiedenen Streitpunkte im einzelnen aufzählen, so ließe sich die Liste der Länder und Ländergruppen mit widerstreitenden Interessen im US-Machtbereich seitenlang fortsetzen. In einer Phase der ökonomischen Expansion und der unangefochtenen Vormachtstellung konnten die USA durch Pressionen, aber auch durch Konzessionen ihr Diktat durchsetzen und diese Interessenkonflikte unterdrücken oder gar beilegen.

Und heute? Die Reagan-Administration wollte im Gegensatz zur zaghaften Regierung Carter eine neue Außenpolitik

"Die Frage, die sich heute der deutschen Politik stellt, ist die: Wie hält man den Laden so zusammen, daß er uns nicht um die Ohren fliegt". (SPD-Geschäftsführer Glotz in einer Fernsehsendung über die Lage der Jugend vom 12. 2. 1982)

Fortssetzung S. 5

# Libanon

## Solidaritätsaktionen und Schwierigkeiten der Solidaritätsarbeit

Die Organisierung einer echten Solidarität, die angesichts der sich zuspitzenden politischen und militärischen Offensive der Israelis und des Imperialismus dringend wird, setzt hier voraus, daß wir uns mit dem Kampf dort identifizieren können. Sie setzt voraus, daß wir hier einen politischen und propagandistischen Kampf um die Gemeinsamkeiten unseres Kampfes mit dem des palästinensischen Widerstands führen. Das zu verhindern, ist auch Aufgabe der bürgerlichen Massenmedien, deren Politik auf zwei Gleisen fährt: und zwar nicht nur durch die Diffraktionierung der Palästinenser und der Rechtfertigung der israelischen Invasion sondern gleichwohl durch das Malen von Schreckensbildern, die uns einschüchtern sollen. Auf dieser Ebene organisiert man dann auch die "Solidarität" mit den Opfern der imperialistischen Barbarei.

Durch ihren jahrzehntelangen, hartnäckigen Kampf, der immer wieder den Imperialismus und die mit ihm verbundenen Kräfte (Israel, aber auch die arabischen Staaten) in Schwierigkeiten gebracht hat, trotz der palästinensischen Widerstand, sich trotz der PLO-Politik eines Arrangements mit dem Status quo zu einer Avantgarde der unterdrückten Massen des gesamten arabischen Raums entwickelt. Dieser Widerstand, der trotz der widerholten blutigen Repression hartnäckig aufrecht erhalten wurde, hat ausgestrahlt auch auf die Anfänge eines sozialen und politischen Widerstands in den Metropolen. Man hat sich hier identifizieren können mit dem Kampf dort, mit den Aufständischen, mit den Revolten und Streiks. Solch ein Kampf war deshalb Anziehungspol für kämpferische Impulse hier, weil er in den Taten mit dem Imperialismus zu brechen versuchte. Nicht die UNO-Auftritte Arafats, die moderate Diplomatie der PLO-Führung, das Vabanque-Spiel mit dem arabischen Nationalismus haben hier einen beginnenden Kampf gestärkt! Die radikalen, kämpfenden Palästinenser haben uns ermutigt - ihr hartnäckiger Widerstand heute gibt uns den Mut der imperialistischen Bestie vorort zu widerstehen. Die Einschüchterung und Demoralisierung jenes palästinensischen Widerstands - Absicht der imperialistischen Aggression - würde nicht allein auf die übrigen arabischen Massen, sondern gleichfalls auf uns wirken.

Solidarität heißt den Kampf hier aufnehmen! Das ist keine Phrase. Das ist der wesentliche Punkt! Daß die Isolation des Kampfes im Libanon durchbrochen wird, daß die Kämpfer dort durch die Kämpfe hier ermutigt werden, das muß die Achse unserer Solidaritätsarbeit werden. Erst dadurch schaffen wir die Grundlage dafür, daß die Orientierung auf das lähmende diplomatische Spiel von Staaten, die die Palästinenser nur im Interesse ihrer Staatsräson benutzen wollen, bekämpft und ersetzt wird durch eine Orientierung auf die unterdrückten Klassen in aller Welt, auf das internationale Proletariat.

### „Auch Kriegsrecht schafft keine Wunder“

#### Die polnischen Arbeiter lassen sich nicht kleinkriegen

Seit dem Militärstreik vom 13. Dezember kam es immer wieder zu Demonstrationen, Streiks, Unruhen und anderen Widerstandsaktionen. Die unaufhaltsame Verschlechterung der Lage der polnischen Wirtschaft und die damit einhergehenden ständigen Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der proletarischen Massen treiben letztere immer wieder dazu, gegen die Bedürfnisse der kapitalistischen Wirtschaft anzutreten und die nationale Einheit mit Füßen zu treten.

Anfang Mai kam es zu einer größeren Welle von Unruhen. Gegen die Vorschläge derjenigen, die die offizielle 1. Mai - "Demonstration" lediglich boykottieren wollten, und gegen den Vorschlag der Koordinierungskommission von "Solidarnosc", sich "für einen Augenblick" der offiziellen Zeremonie anzuschließen, setzte die "Koordinierung der 6 größten Fabriken Warschaus" eine unabhängige Demonstration durch. Auch in Gdansk und in Gdingen kam es zu Gegendemonstrationen. Ebenfalls durch den Druck der Basis sahen sich die Komitees von "Solidarnosc" gezwungen, Gedenkfeiern für den 3. Mai (Jahrestag der 1. polnischen Verfassung) zu organisieren, in deren Folge es in allen großen Städten zu langen und äußerst harten Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und der Miliz gekommen ist. In Szczecin sollten die Kämpfe sogar bis zum 6. Mai andauern haben. Die letzte größere Unruhenwelle war am Wochenende des 13./14. Juni, dem sechsmonatigen Jubiläum der Militärregierung, wo es in Breslau, Gdansk und Nowa Huta zu Auseinandersetzungen mit der Miliz kam, die sich teilweise bis zwei Uhr nachts hinzogen.

Diese großartige Kampfbereitschaft der polnischen Arbeiter, die sich dem Ausnahmezustand widersetzen und all seine Schwächen ausnutzen, hat all denjenigen einen Strich durch die Rechnung gemacht, die von einer "Moralisierung der Lage" träumen. Der Regierung, der es nicht gelingt, die Arbeiter zu kontrollieren und die Produktion wieder in Schwung zu bringen. Der Partei, die im April verkündete, daß sie "partnerschaftliche, konstruktive Beziehungen mit allen gesellschaftlichen Kräften, die die Interessen des sozialistischen Staates als oberstes Ziel betrachten", anstrebe (SZ, 16.4.82). Der "Solidarnosc"-Führung, die in ihrem 19-Punkte-Programm eine Reihe von Maßnahmen vorschlägt, die auf eine Zusammenarbeit aller nationalen Kräfte (Kirche, Parteien, "Solidarnosc" und andere Gewerkschaften und Vereinigungen) abzielen. Den Bischöfen, die nach den Maiunruhen "mit großem Schmerz und großer Beunruhigung" feststellten, daß "die neuen Spannungen, die das Land erschüttern, die soziale Verständigung verzögern" (SZ, 10.5.82) und nicht zuletzt der internationalen Clubbürger, die weiterhin um die Zahlung der Zinsen und Tilgungen bangen muß, ganz zu schweigen von der Rückzahlung der Kredite.

Einmal mehr hat die polnische Arbeiterklasse ihren Mut unter Beweis gestellt. Aber die Bedingungen, unter denen sie ihren Kampf führt, haben es ihr noch nicht erlaubt, mit den nationalen, demokratischen oder religiösen Kräften zu brechen. Der beste Beitrag, den wir Proletarier Westeuropas leisten können, damit dieser Bruch zustandekommt, besteht darin, durch unseren Kampf zu zeigen, daß die westlichen Demokratien für die Arbeiterklasse ebenso wenig wert sind wie die angeblich kommunistischen Regime des Ostens.

Zu den Klassenkämpfen in Polen sind u.a. folgende Artikel in PROLETARIER Nr. 17 erschienen: "Erste Etappen eines langen Kampfes!" (Zur Einschätzung der Klassenkämpfe in Polen) "Westliche Heuchelei und Aufgaben der proletarischen Solidarität!" "Kriegsrecht gegen unsere Klassenbrüder für die Profiteure unseres Klassenegners!" (zum wirtschaftlichen Hintergrund der polnischen Klassenkämpfe)

BEI DER KONTAKTADRESSE BESTELLEN!

#### FORTSETZUNG VON S.1

Zum anderen eine weitere Verschärfung aller Widersprüche zwischen den verschiedenen Staaten im US-Machtbereich, eine Zunahme der zentrifugalen Tendenzen, vermehrte Gefahr eines offenen Ausbruches der Interessengegensätze, die der Meister und Schiedsrichter offenkundig nicht mehr harmonisieren kann. Wahnsinnige Steigerung der Aufrüstung in allen Ländern, Waffengänge.

Die Gegensätze der kapitalistischen Weltordnung lassen sich nicht mehr im Rahmen

Eine solche Aufnahme des Kampfes hier - und sei es nur im kleinen Maßstab - ist für die isolierten kämpfenden Massen etwas, was ihnen hilft, sich als radikale politische Kraft zu stärken und sich im unnachgiebigen Kampf ermutigt zu fühlen, denn so können sie erkennen, daß es ausser dem Imperialismus und den Leuten, die ihn zu einer besseren Politik bekehren wollen, auch noch eine unabhängige, eine kämpfende Kraft gibt, die auf der gleichen Seite steht wie sie selber. Diese Wirkung geht völlig verloren, wenn man Geldsammlungen, Medikamentenspenden oder Waffen-für-Libanon-Kampagnen, statt in die Solidarität einzubeziehen, als Achse der Solidarität betrachtet. (Überhaupt werden ja sog. humanitäre Hilfen u.ä. vor allem von bürgerlichen Institutionen, in größerem Maßstab als wir es je könnten, betrieben, die die Opfer des Imperialismus verwalten. Solche Hilfe tritt den Massen in der Regel als Bekundung von Mitleid entgegen; sie demoralisiert dann, wenn sie nicht in Kanäle geleitet werden kann, die eine politisch klare kämpferische Orientierung einschließen.)

Man kann auch nicht die spezifische Unterstützung der PLO zur Achse oder gar Bedingung der Solidarität machen. Dies spaltet nicht nur die Solidarität, sondern Würde sie auch in eine Sackgasse und in die Demoralisierung führen, weil die PLO-Führung einen Kompromiß mit dem Imperialismus sucht und sich in den arabischen Ländern des Nahen Osten auf die herrschenden Klassen stützt (selbst auf Hochburgen der imperialistischen Reaktion wie Saudiarabien), ohne Rücksicht auf die gegen die Staaten und herrschenden Klassen gerichtete soziale Bewegung. Eine Ausrichtung der Solidarität auf die Politik der PLO führt daher zwangsläufig immer wieder zur Verwirrung und Lähmung, oder direkt in den Opportunismus.

Die Straße erobern, um die Solidarität gegen den eigenen Imperialismus durchzusetzen und die politische Identifikation mit dem palästinensischen Widerstand zu erkämpfen. Die Institutionen und Einrichtungen entlarven, die die deutsch-israelischen Beziehungen verkörpern (u.a. auch die BfG, die voll im Israelgeschäft hängt), die Schikanen gegen die Palästinenser und ihrer Organisationen durch die Behörden der BRD zurückschlagen, mögliche Nachschublieferungen für die israelische Invasion über deutsche Häfen anprangern und Aktionen dagegen unternehmen... auf dieser Ebene kann sich auch eine kämpferische Solidarität entfalten. Die Demos gegen die Hetzkampagne des israelischen Botschafters in Bremen und Braunschweig, selbst wenn sie von nicht sehr vielen Leuten getragen wurden, sind Schritte in diese Richtung. So stärkt man sich gegen die heuchlerischen Humanitätsapostel, man differenziert sich vom eigenen Staat, der ja eine wesentliche Stütze Israels ist und schafft damit die Basis für eine Bewegung, mit der sich die palästinensischen Kämpfer wie auch alle ausgebeuteten und unterdrückten Massen identifizieren können.

des aus dem 2. Weltkrieg entstandenen Gleichgewichts glätten. Mit unerbittlicher Lösung marschiert die gesamte Welt in Richtung auf den 3. Weltkrieg, die Gesamtabrechnung. Was fehlt ist - neben technischen und sozialen Voraussetzungen - vor allem eine Achse, um die sich die verschiedenen Interessengegensätze gruppieren können. Vor dem 1. Weltkrieg bildete der Auftritt des deutschen Imperialismus diese Achse; vor dem zweiten Weltkrieg lieferte der deutsche Imperialismus wieder eine solche Achse, diesmal in seinem Versuch, die ihm infolge der Kriegsnieder-

## Algerien

### Erneutes Aufblühen des Klassenkampfes

Über die soziale Lage in Algerien ist hierzulande im allgemeinen wenig bekannt. Man erfährt kaum etwas durch die Medien über die Wirklichkeit des algerischen "Sozialismus", es sei denn, es dreht sich um die "hohe Politik" oder... um die Fußball-Weltmeisterschaft! Wir haben die folgenden Informationen aus der Nr. 25 unserer algerischen Zeitung "El-Oumami" (Der Internationalist, Juni 82) übernommen.

Im April dieses Jahres ist es in zahlreichen Städten zu Demonstrationen und regelrechten Straßenschlachten gekommen, nachdem es bereits im Februar kleinere Ausbrüche gegeben hatte. Waren die Unruhen im Frühjahr 1980 und 81 vor allem auf die Kabylei (die Gegend um Tizi-Ouzou, 140 km östlich von Algier) und auf Algier selbst beschränkt, so gab es diesmal Revolten im gesamten Küstenstreifen: im Westen im Gebiet um Oran, im Osten im Gebiet um Sétif und Constantine. In Tizi-Ouzou organisierten Schüler und Studenten eine Kundgebung zur Unterstützung, in Algier kamen die Bullen dem Entstehen einer Solidaritätsbewegung zuvor: mehrere Jugendliche wurden verhaftet, als sie Flugblätter mit einem Aufruf zum Generalstreik verteilen wollten.

Die soziale Unzufriedenheit, der Haß auf die Reichen und die Bonzen, mitsamt ihren Bullen brodeln schon seit einigen Jahren in den Massen, vor allem bei den Jugendlichen, die von der hohen Arbeitslosigkeit besonders getroffen sind. In Oran brachte der Numerus clausus für die Zulassung zum Abitur das Faß zum Überlaufen: Nur 5% der Schüler sollten zugelassen werden! Eine friedliche Protestdemo wurde von den Bullen sofort aufgemischt; die Jugendlichen antworteten darauf mit Steinwürfen und Bau von Barrikaden gegen die Bullenautos. Die Wut richtete sich auch gegen die verhaßten Gebäude der Bourgeois, gegen ihre Schlitten und Honda; Läden wurden geplündert und die Sachen gleich im Stadtviertel verteilt. Die Revolte dauert mehrere Tage, breitet sich über die ganze Region aus, wo sie sich mit Forderungen nach Verbesserung der sozialen Situation der Bevölkerung verbindet. Die Repression ist brutal: 832 Festnahmen, 200 Schnellverfahren unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Rechtsanwaltschaft, Höchststrafen bis zu 5 Jahren Gefängnis für zahlreiche Jugendliche!

Auffallend ist der spontane Charakter der Unruhen (auch derjenigen in der Gegend um Constantine, wo z.T. scharf in die Menge geschossen wurde und es mehrere Verletzte gab). Sie waren von keiner Organisation, politischer oder gewerkschaftlicher, organisiert; selbst die Bourgeoisie scheint überrascht gewesen zu sein, denn sie hatte den größten Teil ihrer Bullen und Soldaten in der Kabylei konzentriert, in der Erwartung, daß es dort zuerst knallen würde. Aber die Spontaneität hatte trotz der großartigen Kampfbereitschaft der Jugendlichen, ihre Grenzen: Zum einen fehlte die Organisation und Koordinierung zwischen den verschiedenen Städten in der Region Oran, zum anderen fehlte die Verständigung zwischen den verschiedenen Regionen.

Bei dem Stadium, das der Kampf inzwischen erreicht hat, müssen auch dringende konkrete Forderungen gestellt werden, um die sich die verschiedenen Kämpfe und Unruhen vereinigen können. Dabei muß man die Lage berücksichtigen, in der sich die Massen befinden: wachsendes Elend, wachsende Repression; Mangel an gewöhnlichen Konsumgütern, Einfrieren der Löhne seit 1978 bei 800 Dinar, 20% Inflation, steigende Arbeitslosigkeit (bei den Jugendlichen 60%, das entspricht mehr als eine Million!); Verbot grundlegender Rechte, wie Streikrecht, Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs-, Organisations- und Demonstrationsrecht, Unterdrückung der Volkssprachen zugunsten der arabischen Schriftsprache. Die Frage, die sich in dieser Situation stellt, ist: Wie kann

lage angelegten Fesseln abzuschütteln. Vor dem 3. Weltkrieg ist die Lage komplizierter - wegen der Trennung von Wirtschafts- und Militärmacht, wegen der Unzahl von lokalen und regionalen Mächten, des multipolaren Charakters des internationalen Geflechts. Doch scheint es eindeutig, daß die Achse durch die Politik Europas, des europäischen Imperialismus, geliefert wird, die ihrerseits durch die Reaktion der verschiedenen europäischen Staaten auf die Politik des deutschen Imperialismus geprägt wird.

In diesem Lichte ist die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie und die gesamte politische Entwicklung in der BRD zu sehen, aber auch die Politik der zwei Großmächte in ihrem Kampf um Europa/um die BRD. Revolutionäre, die dem nicht Rechnung tragen, werden entweder scheitern oder das tragische Schicksal erleiden, als Spielball einer imperialistischen Macht zu enden.

man die Bourgeoisie zwingen, wirkliche Zugeständnisse zu machen, in politischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht? M.a.W., wie gelangt man von einer Bewegung des Protestes und der allgemeinen Revolte, die die Wut der proletarischen Massen ausdrückt, zu einer organisierten Kampf- bewegung, auf der Grundlage konkreter Forderungen?

Klar ist, daß der Kampf der Schüler und arbeitslosen Jugendlichen allein die Bourgeoisie nur begrenzt zum Zurückweichen zwingen kann. Der starke Druck, der notwendig ist, um die Lage der ausgebeuteten Massen zu verbessern, wird aus der Verbindung mit anderen sozialen Schichten, vor allem aber mit dem industriellen Proletariat entstehen. Durch seine Stellung im kapitalistischen Produktionsprozeß (1979 wurden in Algerien 67 Mrd. Dinar - das sind mehr als 50% des Bruttosozialprodukts, in der Industrie produziert) hat das Proletariat die entscheidenden Druckmöglichkeiten gegenüber der Bourgeoisie. Die Vermehrung der Arbeiterstreiks und die bevorstehende Offensive des Kapitals ("Umstrukturierung" der Betriebe) lassen in der Tat die Perspektive der Verbindung der Revolte der jugendlichen Arbeitslosen mit dem industriellen Proletariat immer notwendiger, vor allem aber realistischer erscheinen.

Diese Verbindung wird einen entscheidenden Wendepunkt im Klassenkampf darstellen, dessen Rückwirkungen die Grenzen Algeriens überschreiten werden.

## Bonn II

Ist es ein Fortschritt, wenn in diesem Jahr hunderttausend Leute mehr im Vergleich zur Bonner Friedensdemo vom 10.10.81 gekommen sind? Sicherlich bringt diese vermeintlich beste aller schlechten Welten in immer größerer Masse Kriegszügel und Friedenssehnsüchte und nicht zuletzt auch das spontane Bedürfnis nach einem Kampf gegen eine Gesellschaft hervor, die ihre Widersprüche kaum noch im Zaum halten kann. In welche politischen Kanäle aber fließt solches auf die Straße getragenes Empfinden und Wollen? Wer nicht erkennen will, daß sich die deutsche Bourgeoisie (vor allen anderen) der Friedensbewegung angenommen hat und ihre Interessen dort durchsetzt, wer eine Schönfärberei dieser Bewegung und ihrer Möglichkeiten betreibt, der macht sich mitschuldig an der Manipulation vieler Leute, die ehrlich glauben, daß der imperialistische Krieg durch die Friedensbewegung verhindert werden könne. Die deutsche Bourgeoisie braucht die Friedensbewegung und - nebenbei gesagt - auch den Antiamerikanismus übrigens nicht allein um der Integration willen, sondern auch, um den eigenen imperialistischen Bestrebungen, die immer häufiger denen des amerikanischen Imperialismus entgegenlaufen (man denke nur an die jüngste Kontroverse über das Erdgasröhren-Geschäft), eine Legitimation "von unten" zu verleihen.

Dieses Mal mehr noch als letztes Jahr war die Bonner Demo ein peace-woodstock, wo die tragenden Kräfte der Bewegung ihren Frieden mit dieser Gesellschaftsordnung (die man nur verbessern, moralisieren will) und dem diese Ordnung schützenden Staat machten. Diese Kräfte richteten sich an das System und seine Institutionen, die man - Ausdruck höchster Radikalität - im Hamburger Sinne "unregierbar" machen will. Appelle, ergebnislose, weil rhetorische Rederei, volksfestartiges Protestlerturn, pazifistische Atmosphäre, nationaler Antiamerikanismus, Ignoranz den akuten imperialistischen Schweinereien andernorts gegenüber (Libanon!), sind genau das, was der deutsche bürgerliche Staat braucht, um einer in Vorkriegszeiten immer kultivierten Friedensheuchelei und imperialistischen Schaukepolitik einen Unterbau zu verschaffen. Kein Schritt wurde getan, um mit den imperialistischen Motiven an und in der Friedensbewegung zu brechen.

Der autonome Versuch, linksrheinisch ein Gegengewicht zum Happening auf der rechten Rheinseite zu schaffen, ist nur ein Versuch geblieben. Eben weil die keimende Antikriegsbewegung, die einen Bruch mit der bestehenden Ordnung zum Ausdruck bringt, heute noch riesige Schwierigkeiten hat, die Ablehnung der offiziellen Friedensbewegung in zielgerichteten politischen Kampf umzumünzen, scheiterte das - ansonsten begrüßenswerte und prinzipiell richtige - selbständige linksrheinische Konzept, weshalb wir auch für eine Konzentration der Kräfte auf Berlin plädierten. Angesichts der heute vorhandenen Kräfte und Schwierigkeiten waren die Umstände in Bonn offensichtlich extrem ungünstig, damit diese Bewegung sich von der bürgerlichen Friedensbewegung nach außen deutlich differenzierte und einen Anziehungspol und Denkanstoß gegenüber der pazifistischen Demo bildete.



**Barrikaden in Flammen**

**Die Anti-Reagan-Demo in Berlin**

**Die Kesselschlacht ...**

Die gezielte Diffamierung und Hetze gegen die Manifestation am 11.6., die von der gesamten bürgerlichen Öffentlichkeit bis hin zur TAZ betrieben wird, erfordert eine klare Antwort.

Mit einer solchen Hetze setzt sich im Grunde das fort, was schon im Vorfeld des Reagan-Besuchs erreicht werden sollte und was die Einkesselung der Demonstranten am Nollendorferplatz schließlich überdeutlich machte: *Einschüchterung und Mundtotmachen eines bestimmten Spektrums radikaler politischer Inhalte.* Es ging der Bourgeoisie nicht nur darum, "Krawalle" zu unterbinden, sondern vielmehr noch darum, zu verhindern, daß eine Antikriegsbewegung sich formiert und äußert, die sich nicht von einem regierungstreuen Pazifismus zähmen läßt, die nicht an die Bourgeoisie appelliert, sondern *ihr den Kampf ansagt.* Vor allem deswegen wurde die Demo verboten. Daß überdies für die Demo eine politische Route geplant war (vorbei an 40 Objekten des amerikanischen und deutschen Imperialismus), bestärkte die Bourgeoisie nur in ihren Absichten. Nicht nur aus "Sicherheitsgründen" gegenüber dem hohen Staatsbesuch wurde also die massive Einschüchterungskampagne mit konzentriertem staatlichen Terror (12.000 aufgebotene Polizisten, schwere Wasserwerfer, Nato-Draht usw.), Vorbeugehaft, Versuch des Ersticken jeglicher Regung betrieben.

Gleichzeitig bestand das politische Kalkül der Bourgeoisie darin, durch ihr Vor-

man sich trotz gewaltiger Übermacht des Gegners erfolgreich wehren kann - ist für alle, die sich gegen Unterdrückung wehren wollen und müssen, von riesiger Bedeutung. Das weiß die Bourgeoisie, daß so eine Erfahrung sich verbreitet, versucht sie zu verhindern. Man denke nur an die gezielte Auswahl der Fotos in der Presse, wo meist Einzelaktionen gezeigt werden. Das massive gemeinsame Vorgehen, das erfolgreiche Sich-Wehren, die dabei intensiv entstehende kollektive Solidarität, das sind gefährliche Dinge für die Bourgeoisie. Jeder Unterdrückte könnte sich darin wiedererkennen und - statt seine Aggressionen gegen andere Unterdrückte auszuleben - sich zu einer gemeinsamen Auflehnung gegen die Unterdrücker ermutigt zu fühlen.

Drittens hat man objektiv einen Bruch in der Gesellschaft aufgezeigt, der nationalistischen Mobilisierung einen militanten Protest entgegengeschleudert. Einen solchen Riß in der lange Zeit sozialfriedlichen BRD als *Klassengraben* deutlich zu machen und ihn als Moment des Klassenkampfes zu vertiefen, ist die Aufgabe der nächsten Zukunft.

Insofern war das, was sich am 11.6. in Berlin ereignete, ein Schritt in Richtung auf die Formierung einer revolutionären Antikriegsbewegung, ein Schritt hin zu einem Kampf gegen die imperialistische Kriegsvorbereitung, der als Kampf gegen die kapitalistische Weltordnung begriffen werden muß. Allerdings liegt genau hier eine politische Schwäche der heutigen "Bewegung" und damit auch der Manifestation. Der Kampf gegen den Krieg kann sich nur auf die Kraft und soziale Bewegung des

Vor der Demo: Alarmstufe 1 für die "Sicherheitskräfte"; über 100 Hausdurchsuchungen in den ersten Juni-Wochen, 750 beschlagnahmte Anti-Reagan-Transparenzen und übermalte Parolen, massive Pressehetze, das Demoverbot. Auf der anderen Seite angespannte Diskussionen und VW's, Skepsis und Unsicherheit, Nervosität: Schaffen wir es, die Demo wie geplant durchzuführen? Können wir uns überhaupt um 10 Uhr am Nollendorferplatz sammeln, ohne vorher aufgemischt zu werden? Wäre ein anderer Treffpunkt nicht günstiger gewesen? Eine Stimmung wie vor einer Schlacht, von der man weiß, daß man sie mit ungleichen Waffen und in einem äußerst ungünstigen Kräfteverhältnis austragen muß. Dazu noch die massive Behinderung des Auto-Konvois aus Westdeutschland (Vorbeugehaft für ca. 70 Leute, totales Filzen).

Am 11. dann die Überraschung für alle: Der Zugang zum Nollendorferplatz ist frei, es gibt kaum Kontrollen, man gelangt ungehindert auf den Platz. Insgesamt kommen etwa 5000, die meisten verummmt und behelmt, aber auch Gewaltfreie (die AL hatte ja auch zum 11. aufgerufen). Doch kaum ist das Gros der Leute auf dem Platz, schnappt die Falle zu: Die Polizei riegelt sämtliche Zufahrtsstraßen mit Nato-Draht und Wannen ab.

Darauf war man nicht gefaßt: Während sich der Zug erst noch formierte, während noch auf Gruppen von Demonstranten gewartet wird, (die von den Bullen aufgehalten werden), man sich also nicht definitiv entscheiden kann, endlich loszugehen, können die Bullen den Platz nach und nach vollständig abriegeln und damit die Leute, die noch zum Platz wollen, von der Demo abschneiden. Versuche, doch noch auf der geplanten Route geschlossen loszumarschieren, bleiben im Ansatz stecken.

Die Ausbruchversuche beginnen, nach

kurzer Zeit entwickelt sich eine vehemente Kesselschlacht: Massiver Steinhagel gegen Wasserwerfer, Tränengas und Holzknüppel, brennende Barrikaden aus Luxusautos und Möbeln zum Schutz gegen durchrasende Wannen. Die Bullen können die Militanz nicht einfach ersticken, sie haben anscheinend nicht genügend Kräfte am Nollendorferplatz. Ihr Hauptziel ist, die Demo so lange wie möglich zu blockieren und unter Kontrolle zu halten, um von vorneherein jeden Versuch, in Richtung Schloß (wo Reagan die "Jubelberliner" begrüßen sollte) zu marschieren, zu verhindern. Ein Großteil von ihnen mußte ja für den Schutz von Mr. President eingesetzt werden (am Flughafen, an der Mauer, im Schloß...), war also anderweitig beschäftigt. Die 40 verhafteten Objekte entlang der Demo-Route, Symbole und Kristallisationspunkte der bürgerlichen Macht und Unterdrückung, konnten somit auch nicht gesichert werden. Deswegen auch der Nato-Draht.

Schließlich gelingt der Ausbruch aus dem Kessel (nach ca. 2 1/2 Stunden), die Straßenkämpfe verlagern sich in Richtung Winterfeldplatz (Schöneberger Kiez) und ziehen sich noch stundenlang hin. Als erste Racheaktion der Bourgeoisie wurden am Abend vier besetzte Häuser in Schöneberg durchsucht und schwer verwüstet.

Insgesamt wurden 270 Leute festgenommen (die meisten in Vorbeugehaft); 40 Leute wurden dem Haftrichter vorgeführt, von denen 22 Haftbefehl erhielten und in U-Haft sitzen (darunter auch 5 Ausländer, denen die Abschiebung droht). 200 Demonstranten wurden verletzt, bei den Bullen waren es angeblich 90 Verletzte.

Die Polizei hat durch ihre Taktik zwar die Demo verhindern können. Aber: Die Propagandaschau mußte hinter verschlossenen Türen stattfinden.

**... und ihre politische Bedeutung**

gehen eine *abschreckende Wirkung* allen denen gegenüber zu erzielen, die einen Bruch mit der Politik der Appelle vollziehen möchten und eine Alternative zu ihr suchen, vor allem in den Reihen der Friedensbewegung. Daher die Taktik, die politischen Inhalte zu unterdrücken und die Reaktion dagegen als "Sinnlose Gewalt" hinzustellen als wären die Demonstranten politische Privilegierte, die glauben, ihre Inhalte nur und immer durch Krawalle zum Ausdruck bringen zu können, als gäbe es für sie nur Aktionsformen, nicht aber Aktionsinhalte. Die Wahrheit, die damit verbannt werden soll, ist sehr einfach: Man muß und man kann sich offensiv wehren, wenn man sozial und politisch unterdrückt wird.

Darüberhinaus bedeutete der Reagan-Besuch Kriegspropaganda gegen den gegnerischen imperialistischen Block. Eine sorgfältig geplante Politshow für die NATO sollte durchgezogen werden. An der politischen Wasserscheide der beiden imperialistischen Blöcke sollte Kriegsbereitschaft nach innen wie nach außen demonstriert werden.

Die intensive *Mobilisierung der deutschen Bevölkerung* sollte ihrerseits für die deutsche Bourgeoisie ein Schritt sein, um die wesentliche innenpolitische Voraussetzung für ihre Kriegsvorbereitung zu schaffen, den *Burgfrieden*. Dies als Mittel, um die eigenständige Rolle des deutschen Imperialismus als Exponenten beider Blöcke gegenüber auszudrücken.

Welche Antwort hat nun die Anti-Reagan-Manifestation auf diese Herausforderungen gegeben?

Zuallererst hat sie - auf die nach dem Zuschlagen der Falle auf dem Nollendorferplatz noch mögliche Weise klargemacht (was von einigem politischen Willen zeugt), daß die Bullen nicht ungestraft eine solche Unterdrückung radikaler Politik durchführen können.

Zweitens hat man sich nicht einschüchtern lassen, man hat sich die Einkesselung nicht gefallen lassen und sich schließlich freigekämpft. Das stärkt die Bewegung unheimlich, trotz des Preises, den man zahlen mußte (200 Verletzte und ebenso viele Festnahmen. Diese Tatsache - daß

internationalen Proletariats stützen. Er würde total kastriert werden, würde er sich auf das Bündnis mit einem vergeblich "besseren" Imperialismus (SU) stützen wollen. Eine solche Perspektive des Kampfes würde die soziale und revolutionäre Bewegung hier zum Objekt imperialistischer Interessen des anderen Blocks und schließlich der deutschen Bourgeoisie selbst machen.

Es kommt jetzt darauf an, die politischen Inhalte dieses Kampfes und die politische Bedeutung von solchen Aktionen wie in Berlin am 11.6. und auch ihre Schwäche aus dem unfreiwilligen Bewegungskhetto herauszutragen. Es muß darum gehen, eine wirklich breite revolutionäre Antikriegsbewegung zu bilden, die in der Lage ist, dem staatlich protegierten Pazifismus eine eigene Anziehungskraft entgegenzusetzen, und so die Massen, die dort friedlich eingelullt werden, zu gewinnen, damit eine solche Bewegung keine lähmende und zersetzende Wirkung ausüben kann.

(Wir werden in der nächsten Ausgabe auf die Anti-Reagan-Demo zurückkommen, um die Politik der AL - die ja bekanntlich zur Demo aufgerufen hat, um ihr Gesicht gegenüber der Bewegung und einem Teil der eigenen Basis nicht restlos zu verlieren - unter die Lupe zu nehmen.)

**Weitere Schritte zur**

**Militarisierung der Gesellschaft**

Ende Juni hat die Regierung beschlossen, für die zweite Hälfte der achtziger Jahre den Grundwehrdienst um drei Monate zu verlängern, von bisher 15 auf 18 Monate. Gleichzeitig ist die Rede von einer Verlängerung des Zivildienstes auf 20 und mehr Monate. Außerdem ist der "freiwillige Einsatz von Frauen in nicht kämpfenden Verbänden" geplant. Ohnehin sind vornehmlich Frauen durch das vor kurzem durchgesetzte "Gesundheitssicherungsstellungsgesetz" betroffen, das alle im Gesundheitswesen Beschäftigten im Kriegsfall zwangsverpflichtet.

Diese Maßnahmen stellen ein Angriff auf alle Proletarier dar. Sie sind Bestandteil der Kriegsvorbereitung. Kampf dem Kriegskurs heißt auch, *in diesem Bereich* den Widerstand zu organisieren!

**USA —**

**Der Klassengraben vertieft sich**

In allen Ländern heißt die Antwort des Kapitalismus auf die Wirtschaftskrise heute: verschärfter Wirtschaftskrieg und hemmungslose Aufrüstung. Daß dies vor allem eine verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und eine wachsende allgemeine Verarmung der breiten Massen bedeutet, zeigt sich besonders krass in den USA.

**Die Sparmaßnahmen**

Das amerikanische Kapital muß Einsparungen machen, um seine Profite zu retten und seine Kriegsmaschine auszubauen. Daher besteht ein Hauptpunkt von Reagans Programm in der Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Man hat die Ausgaben im Gesundheitswesen und für die Nahrungsmittelunterstützung drastisch zurückgeschraubt. Man hat den Dollarstrom, der sich in die Millionen von kleinen Rinnsalen des "welfare state" ergießt, um die Reaktionen der Ärmsten abzuschwächen, sie zu kaufen und zu spalten und um die hässlichsten sozialen Wunden zu verdecken, dünner werden lassen.

Die amerikanische Regierung ist stolz darauf, auf diese Weise 20 Milliarden Dollar

eingespart zu haben. Aber auf wessen Kosten? Zehntausende von Kindern können nicht mehr umsonst in den Schulkantinen essen, 18,3 Millionen Menschen werden von der Bundeskrankenversicherung für Arme ausgeschlossen, mehr als 100.000 Haushalte werden die bisherigen Wohnungszuschüsse verwehrt usw. Man erwägt jetzt sogar, die Essensmarken, die an die Bedürftigen der Städte auszugeben werden, bei der Berechnung ihres "Einkommens" zu berücksichtigen, wonach sich wiederum die Miethöhe richtet. 1981 zählte man in den USA, wo die Armut eine offizielle statistische Größe ist, 30 Millionen Arme. 30% der Armen sind Schwarze, ein großer Teil auch alleinstehende Frauen mit Kindern unter 6 Jahren.

Die Wohnsituation ist besonders schrecklich. New Yorker Stadtviertel wie Lower East Side, Bronx oder Harlem ähneln einem Schlachtfeld: halb eingestürzte Häuser, öde Plätze und Häuser mit verbrannten Fassaden reihen sich aneinander. Die offizielle Strategie besteht darin, diese Viertel, die größtenteils von Schwarzen, Puertoricanern und Lateinamerikanern bewohnt werden, dem Verfall und dem sozialen Untergang zu überlassen. "In Bronx", kann man in der



New York Times vom 29.12.81 lesen, "sind ungefähr 90% der 600.000 Einwohner Schwarze und Puertoricaner, ein Drittel lebt von der Sozialhilfe, 50.000 sind arbeitslos, 18.000 Jugendliche schließen die Grundschule nicht ab. Innerhalb von zehn Jahren sind die Geburten von unehelichen Kindern um 125% gestiegen; die Mütter von 25% der Neugeborenen sind noch unter 19 Jahren, die Kindersterblichkeit liegt um 45% höher als der städtische Durchschnitt, die Zahl der Sterbefälle durch "overdose" oder Alkohol liegt 30% über dem Durchschnitt in New York." Die Lage in Harlem oder anderen "Ghettos" ist dieselbe, auch wenn die Zahlen dort vielleicht etwas anders aussehen.

Die Wirtschaftskrise und die Sparmaßnahmen der Regierung wirken sich auch auf die Arbeitsbedingungen aus: Die Beschleunigung des Arbeitstempos, der Zwang zur Produktivitätssteigerung, die Erpressung

Fortsetzung auf S.8

# Zur politischen Entwicklung der iranischen Linken

Das Thema Iran ist seit langem schon wieder in den Hintergrund getreten. Wenn überhaupt, so ist meist nur von der grausamen, durch das Khomeini-Regime entfesselten Repression die Rede. Doch die riesige Welle von Kämpfen, die den Iran in den letzten Jahren erschüttert hat und die mit dem Februaraufstand von 1979 ihren Höhepunkt fand, hat keineswegs allein zu einer verschärften Unterdrückung geführt, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Sie hat sowohl auf der Ebene der bürgerlichen Herrschaft als auch auf der Ebene der politischen Entwicklung innerhalb der iranischen Linken eine Reihe von Ergebnissen hervorgebracht, auf die wir hier näher eingehen wollen.

Wie wir bereits in anderen Artikeln (1) gezeigt haben, hat das neue, von Khomeini errichtete Regime, das nacheinander von Barzagan, Bani-Sadr und heute allein von der Islamisch-Republikanischen Partei (IRP) geführt wird, die Politik des Schah, eine Politik der Ausbeutung und der Repression, weitergeführt. Es hat somit die Kontinuität des bürgerlichen Staates gegen die revoltierenden Massen sichergestellt. Der Schah stützte sich vor allem auf den Staatsterrorismus und die durch das Erdölgeschäft ermöglichte Korruption auf allen Ebenen, um die sozialen Widersprüche zu unterdrücken.

Der Klerus entfesselt heute eine ebenso bestialische Repression gegen alle Oppositionellen. Er hat gegenüber dem Schah-Regime aber den Vorteil, (durch die Moscheen, islamische und andere Komitees) in den Massen verankert zu sein, was es ihm erleichtert, sie zu disziplinieren. Das heißt, daß er die Herrschaft des bürgerlichen Staates im Iran noch weiter perfektionierte: Er gab ihr eine zusätzliche Absicherung von unten, was dem Schah niemals gelungen war, und er organisierte darüberhinaus eine bürgerliche Partei, die IRP. Das islamische Regime erweist sich also trotz all seiner klerikal-reaktionären Züge als durchaus modern. Es war fähig, im Iran diese für die bürgerliche Gesellschaft typische Organisationsform (eine politische Partei) einzuführen. Es ist in der Lage, mit den modernsten technischen Mitteln des Kapitalismus und unter Beteiligung des Offizierskorps des Schah einen Krieg, den Krieg gegen den Irak, zu führen, in den es auch - wie es sich für jedes bürgerliche Regime gehört - die Volksmassen einzubeziehen wußte. Mehr noch, es ist sogar in der Lage, trotz der Opposition im Lande und trotz des zerrütteten Zustands der Wirtschaft einen militärischen Sieg zu erringen.

Andererseits führte die Einbeziehung von breiten proletarischen und armen bäuerlichen Massen in den Klassenkampf sowie die Abschaffung der Errungenschaften dieses Kampfes durch das neue Regime zu einer Intensivierung des politischen Lebens innerhalb der Avantgarde des Kampfes, was ein ausgesprochen wichtiger Faktor ist, wengleich man seine unmittelbare Bedeutung auch nicht übertreiben darf.

Anfangs trat die Mehrheit der iranischen Gruppen aufgrund zahlreicher Illusionen über die Rolle des Klerus für eine Unterstützung Khomeinis ein, in der Hoffnung, auf diesem Wege zu einer "antiimperialistischen Volksrevolution" zu gelangen. Als aber das islamische Regime sein wahres Gesicht enthüllte, als es die Entwaffnung der Massen durchsetzen wollte, den nationalen Minderheiten und den Bauern, die Land besetzt hatten, den Krieg erklärte und auch das gerade erst entstandene Netz von unabhängigen Arbeiterorganisationen angriff, kam es innerhalb der iranischen Gruppen zu einer Reihe von Brüchen.

Im Mai 1979 tritt die Guerilla-Fraktion der Volksfedayin aus der Organisation aus, die sie als "ein Nest des Opportunismus" betrachtet. Sie kritisiert, daß die Organisation der Volksfedayin das Khomeini-Regime unterstützt, welches sie als einen Repräsentanten der Kompradoren-Bourgeoisie ansieht. Später unterzieht sie die Volksfedayin auch wegen ihrer Unterstützung des Iran im Krieg gegen den Irak und wegen ihrer Politik des Burgfriedens mit dem Khomeini-Regime einer scharfen Kritik.

Abgesehen von der Guerilla-Abspaltung kam es in der Organisation der Fedayin noch zu einer weiteren Spaltung in zwei grundlegende Tendenzen: die Mehrheit (Axariat), die Khomeini bedingungslos unterstützt, das islamische Regime als "antiimperialistisch" betrachtet und sich schließlich sogar mit der prosovjatischen Tudeh-Partei verbündet hat; die Minderheit (Aghaliat), die sich wiederum in mehrere Tendenzen unterteilt, widersetzt sich einer solchen Unterstützung, ohne jedoch das islamische Regime als Instrument der bürgerlichen Konservativen zu betrachten und ohne sich der Position der Guerilla anzuschließen.

Als im Juni 1981 Bani-Sadr abgesetzt wurde und die IRP die Staatsmacht allein in ihren Händen konzentrierte, um den zentralen Tendenzen der iranischen Gesellschaft entgegenzuwirken, kam es innerhalb der Opposition zu einer Umgruppierung. Es wurde der Nationale Widerstandsrat gebil-

det, an dem sich die Volksmodjahedin, Bani-Sadr persönlich und - abgesehen von einer Reihe kleinerer Organisationen - die Demokratische Partei Kurdistans beteiligen.

Das Programm der Volksmodjahedin kann man folgendermaßen zusammenfassen: Freiheit und Unabhängigkeit der Nation. Hierin kommen die sozialen und politischen Interessen der Kleinbourgeoisie in Reinform zum Ausdruck. Ihr Ziel ist es nicht, den bestehenden Staat gewaltsam zu stürzen, sondern sich eine breitere Beteiligung an diesem Staat und einen Platz an der Seite der Bourgeoisie zu erkämpfen. Da der Kapitalismus schließlich den Boden bildet, den sie zum Leben braucht, kämpft sie für seine reibungslose Funktionieren. Ihr Programm ist also national und bürgerlich. Daher ist für die Modjahedin das Privateigentum unantastbar, daher steht für sie das nationale iranische Interesse und nicht das Interesse der Arbeiter und armen Massen an erster Stelle, weshalb sie sich auch für die Autonomie und nicht die Selbstbestimmung der nationalen Minderheiten aussprechen. Daher unterstützen sie Khomeini im Krieg gegen den Irak und machen sich darüber Gedanken, wie man die Bauern für diesen Krieg am besten mobilisieren kann. Würde sich ihr Programm verwirklichen, so würde man also lediglich dem herrschenden Staat ein demokratisch-islamisches Mäntelchen umhängen.

Diese politische Umgruppierung hat die iranische Linke vor neue Probleme gestellt: Wie soll man sich gegenüber der Kleinbourgeoisie verhalten? Welche Rolle spielt sie? Will man dies beantworten, so kommt man nicht umhin, die Frage nach der Natur des iranischen Staates und der revolutionären Perspektive zu klären.

Eine ganze Reihe von iranischen Revolutionären lehnt die Politik der Modjahedin ab und hat auf der Suche nach einer revolutionären Perspektive zweifellos eine Reihe von Schritten nach vorn getan. Diesen Prozeß kann man heute in allen Organisationen, die links von den Modjahedin angesiedelt sind, beobachten, wenn er auch in unterschiedlich klarer Form auftritt.

Zum Beispiel betrachtet Komeleh es als einen Fehler der Vergangenheit, das Proletariat mit dem Volk im allgemeinen vermischt und sich nicht genug darum bemüht zu haben, das Proletariat für seine unmittelbaren Forderungen zu organisieren. Diese Organisation ist heute der Ansicht, daß es falsch war, das Schwergewicht auf die Arbeit unter den Bauern zu legen, die theoretische Arbeit und den politischen Kampf zu vernachlässigen und den iranischen Staat als halb-feudal zu betrachten.

Auch die Bemühung, den Stalinismus und den Maoismus einer Kritik zu unterziehen, und der Wille, zur Wiederherstellung der kommunistischen Weltbewegung beizutragen und sich die marxistische Theorie anzueignen, sind Aspekte, für die die iranischen revolutionären Kämpfer empfänglich sind.

In all diesen Organisationen macht sich das Bedürfnis nach einem revolutionären Programm bemerkbar, das mit der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung radikal bricht. Auflösung der Armee und aller berufsmäßig bewaffneten Kräfte, Selbstbestimmung, wenn nötig bis hin zur Lostrennung.

nung sind zum Beispiel Forderungen, die im Minimalprogramm von BKK (Bund Kommunistischer Kämpfer) und Komeleh aufgeführt sind.

Kennzeichnend für die iranischen Militanten ist heute aber, daß sie zwar einen radikalen Bruch mit der herrschenden Ordnung anstreben, in ihrer Perspektive jedoch nicht über den Rahmen einer demokratischen Revolution hinausgehen, die auf die Errichtung einer "demokratisch-revolutionären Republik" abzielt. In Wirklichkeit läuft dies darauf hinaus, die Frage nach dem iranischen Staat und die Frage nach der Klasse zu umgehen, die in der Lage sein wird, den Staat zu zerschlagen, wirklich mit der Tradition der Unterdrückung der nationalen Minderheiten zu brechen und wirklich die Befreiung der Frau zu verwirklichen. Ein revolutionäres Programm muß diese Frage aber absolut eindeutig beantworten, sonst kann es seine Aufgabe, nämlich eine klare Aktionsrichtlinie aufzuzeigen, nicht erfüllen.

Heute ist nur die Arbeiterklasse, die die bäuerlichen und plebejischen Massen mit sich reißt, in der Lage, die Geschichte vorwärtszutreiben. Die Perspektive besteht nicht in einem demokratischen Kampf mehrerer Klassen gegen einen vorbürgerlichen Staat, so wie es am Anfang dieses Jahrhunderts in Rußland der Fall war. Die Perspektive liegt vielmehr im proletarischen Kampf gegen den bürgerlichen Staat. Die Tatsache, daß die "weiße Revolution", dieses iranische Beispiel für eine bürgerliche Revolution von oben, nicht zur Einführung der demokratischen Rechte führte, darf nicht zu der Schlußfolgerung verleiten, das Proletariat müsse für die Errichtung der Demokratie kämpfen. Denn in der Sicht des Marxismus ist nicht die Einführung der formellen Demokratie, sondern die tatsächliche Veränderung auf der Ebene der Produktions- und gesellschaftlichen Verhältnisse das entscheidende Kriterium.

Alle antikolonialen Revolutionen des 20. Jahrhunderts haben bürgerliche Staaten hervorgebracht, ohne den Massen, die gegen den Imperialismus gekämpft hatten, die demokratischen Rechte zu gewähren. Angesichts dieser allgemeinen Lage kann es wohl kaum darum gehen, die bürgerliche Revolution zu wiederholen. Das iranische Proletariat und die proletarisierten Massen leiden nicht nur unter dem Mangel an politischen Rechten, sondern auch und vor allem unter der kapitalistischen Ausbeutung. Ihre sozialen Bedürfnisse werden nur dann befriedigt werden können, wenn sie die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse angreifen. Und diese Aufgabe wird keine bürgerliche Regierung, keine demokratische Republik, auch nicht die allerdemokratischste, erfüllen können, denn sie sind mit dem Privateigentum und dem Kapital gesellschaftlich verwachsen.

Auch im Iran heißt die Alternative: entweder Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur des Proletariats. Diese Alternative stellt sich freilich nicht unmittelbar, und ihr muß zweifellos eine Reihe von Kämpfen vorausgehen. In diesen Kämpfen werden sich die Massen darauf vorbereiten, die Macht für eine Verwirklichung ihrer eigenen Interessen und nicht für eine Neuauflage des überholten demokratischen Programms zu erobern.

Mit dieser Perspektive vor Augen muß es darum gehen, die unmittelbaren Forderungen (politische Rechte, Lohnforderungen) langfristig mit der Perspektive des Sturzes der kapitalistischen Macht zu verbinden und daraus ein Sprungbrett für die Eroberung der Macht zu machen. Kurzum, es geht nicht darum, das bürgerliche Regime zu demokratisieren oder sich ein weder bürgerliches noch proletarisches Regime vorzustellen, sondern darum, das bürgerliche Regime zu zerstören. Aus diesem Grunde ist ein Bündnis mit den politischen Vertretern der Kleinbourgeoisie heute im Iran vom revolutionären Standpunkt aus unmöglich, da diese darauf aus sind, den bürgerlichen Staat nach ihrem Geschmack umzugestalten und die Energie der kämpfenden Massen auf eine Staatsreform abzulenken.

Die große Schwierigkeit der iranischen Revolutionäre liegt zweifellos darin, daß sie zwischen zwei Epochen kämpfen: Einerseits der Epoche der nationalen Befreiungskämpfe der Nachkriegszeit, in denen das Proletariat nicht eigenständig auftreten konnte, sondern vielmehr in der Einheitsfront aller Klassen gegen den Imperialismus erstickt wurde; eine Epoche, die eine ganze Generation von Revolutionären geprägt hat, die nur einen entarteten und in den Schutz gezogenen Marxismus kennenlernten. Andererseits die sich heute eröffnende Epoche der sozialen und internationalen Befreiung des Proletariats der Länder des jungen Kapitalismus und des senilen Imperialismus.

Der politische Differenzierungsprozeß, der im Iran und in der internationalen irani-

schen Emigration eingesetzt hat, schafft die Voraussetzungen, damit sich Gruppen von revolutionären Kämpfern die revolutionäre Theories des Marxismus wirklich aneignen und auf internationaler Ebene positiv auf die Frage der revolutionären marxistischen Partei antworten können, die sich heute im Iran stellt. Die Entwicklung innerhalb der revolutionären Linken im Iran bildet zweifellos einen Schritt in Richtung auf die Vorbereitung der kommenden sozialen Explosionen, und die Diskussionen über eine Bilanz der jüngsten Kämpfe sind eine Vorwegnahme der Kämpfe von morgen.

Es wäre aber falsch, wenn die iranischen Revolutionäre die Ausarbeitung des revolutionären Programms aus den Kämpfen selbst heraus erwarten würden oder dieses Programm als die Widerspiegelung eines mehr oder weniger hohen Niveaus des Klassenkampfes betrachten würden. Diese Vorstellung herrscht mehr oder weniger bei allen Gruppen. So kann man z.B. im Programm des Bund Kommunistischer Kämpfer lesen: "Ein tiefergehendes Parteiprogramm wird selbst nichts anderes sein als die Widerspiegelung und das Resultat eines höheren Kampfniveaus des Proletariats auf verschiedenen Ebenen." Es handelt sich hierbei um die Feststellung eines Prozesses, wie er sich bislang vollzogen hat und im Laufe dessen die iranischen Gruppen durch die Entwicklung des Kampfes selbst gezwungen waren, die Richtigkeit ihrer Positionen zu überprüfen und sie zu modifizieren. Aber man darf hierbei nicht stehenbleiben. Andernfalls würde man sich dazu verurteilen, auf jede Voraussicht des Klassenkampfes zu verzichten und hinter der tatsächlichen Entwicklung der Kämpfe herzutreiben.

Jeder politische Prozeß, der auf die Schaffung der revolutionären Partei hinführt, führt in dieser Hinsicht zu einem qualitativen Sprung, der darin besteht, daß sich die Revolutionäre auf der Grundlage eines vorgegebenen Programms, bzw. einer vorgegebenen Theorie und Strategie organisieren, deren Richtigkeit durch die internationalen Erfahrungen des Klassenkampfes bewiesen wurde. Die Ausführungen Lenins zur Entstehung der bolschewistischen Partei schildern diesen Prozeß:

"Der Bolschewismus ist im Jahre 1903 auf der festen Grundlage der marxistischen Theorie entstanden. Daß aber diese - und nur diese - revolutionäre Theorie richtig ist, haben nicht nur die internationalen Erfahrungen des ganzen XIX. Jahrhunderts, sondern insbesondere auch die Erfahrungen mit den Irrungen und Wirrungen, mit den Fehlern und Enttäuschungen des revolutionären Denkens in Rußland bewiesen. Im Laufe ungefähr eines halben Jahrhunderts, etwa von den vierziger bis zu den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, suchte das fortschrittliche Denken in Rußland, unter dem Joch des unerhört barbarischen und reaktionären Zarenismus, begierig nach der richtigen revolutionären Theorie und verfolgte mit erstaunlichem Eifer und Bedacht jedes 'letzte Wort' Europas und Amerikas auf diesem Gebiet. Den Marxismus als die einzig richtige revolutionäre Theorie hat sich Rußland wahrhaft in LEIDEN ERRUNGEN, durch ein halbes Jahrhundert unerhörter Qualen und Opfer, beispiellosen revolutionären Heldentums, ungläublicher Energie und hingebungsvollen Suchens, Lernens, praktischen Erprobens, der Enttäuschungen, des Überprüfens, des Vergleichens mit den Erfahrungen Europas." (2)

Und im Zusammenhang mit der Bedeutung der revolutionären Theorie, ohne die es keine revolutionäre Bewegung geben kann, hatte Lenin schon in "Was tun?" geäußert, daß die "in einem jungen Lande einsetzende Bewegung nur erfolgreich sein kann, wenn sie die Erfahrungen der anderen Länder verarbeitet", weil die kommunistische Bewegung "ihrem ureigensten Wesen nach international ist".

Überträgt man die Erläuterungen Lenins auf den heutigen Iran, so ergibt sich die Aufgabe, die Erfahrungen des internationalen Klassenkampfes des 20. Jahrhunderts zu verarbeiten, sich eine revolutionäre Bilanz dieser Kämpfe anzueignen, um mit jeder demokratischen oder nationalen Entstellung, bzw. Negation des Marxismus (h. mit dem Stalinismus, dem Maoismus, aber auch dem Troztkismus) radikal zu brechen und sich auf die feste Grundlage des revolutionären Kommunismus von Marx und Lenin zu stellen.

- 1) Siehe "Die Ergebnisse der imperialistischen Herrschaft im Iran", KP Nr. 21, März 1979; "Die 'islamische Revolution' läßt ihren Schleier fallen", Proletarier Nr. 5, Sept. 1979; "Drei Jahre 'Islamische Revolution'", Proletarier Nr. 18, April 1982
- 2) Lenin, "Der linke Radikalismus"

**TÜRKISCHE BEILAGE**

**Soeben erschienen**

**Internasionalist**

## Proleter

Internasionalist Komünist Partisi

Nr. 3 - Haziran 1982

**Nr. 3 Inhalt**

- Entweder Diktatur der Bourgeoisie, oder Diktatur des Proletariats
- Die wahre Bedeutung der bürgerlichen Demokratie für die Marxisten
- Türkei - Polen
- Zur Verhaftung von Ecevit
- Das Massaker von Diyarbakir und alle Greueln des türkischen Staates sind Stufen auf dem Wege der "Rückkehr zur Demokratie"
- Revolutionäre Partei und ökonomische Kämpfe
- Die Aufgaben der Kommunisten in Bezug auf die Frage der Arbeiterimmigration aus der Türkei
- Kapitalistische Ausbeutung und tägliche Unterdrückung in der BRD - Für eine aktive Klassensolidarität mit den ausländischen Arbeitern
- Die Widerstandsbewegung der Arbeiter in Polen lebt noch
- Internationalistische Solidarität mit den polnischen Proletariern!
- Paris 1871 - Warschau 1981: die demokratische Gefahr
- Der Widerstand der palästinensischen Massen
- Der brutale Angriff des Zionismus
- Der Krieg auf den Malvinen

**KONTAKTADRESSEN - BESTELLUNGEN**

<p style="text-align: center;"><b>WESTBERLIN</b></p> <p style="text-align: center;">edition programm Postfach 301 730 1000 Berlin 301</p>	<p style="text-align: center;"><b>BRD-ÖSTERREICH</b></p> <p style="text-align: center;">edition programm Postfach 108 2000 Hamburg 6</p>
---	--

Verlag: Bert Eichhorn  
Postfach 10 730 - 1000 Berlin 301



„Aber der Glaube, wir würden uns durch Gefängnisstrafen irremachen lassen, ist nur ein Beweis dafür, wie sich unsere Weltanschauung in den Köpfen eines preußischen Richters und Staatsanwaltes spiegelt ... Dieser Prozeß beleuchtet so richtig unseren ganzen Klassen-

staat; hier stehen sich zwei Welten gegenüber, die wegen der vollständigen Unfähigkeit, unsere Psyche zu begreifen, nie überbrückt werden können. Deshalb gibt es kein Pardon, dieser Staat muß zum Teufel gejagt werden.“ (Rosa Luxemburg)

### Die Terrorurteile gegen Michael Duffke und Markus Mohr

Landgericht Itzehoe, 13. 5. 82, 7 1/2 Monate nach Prozeßbeginn: 5 1/2 Jahre Knast für Michael Duffke, 3 Jahre Knast für Markus Mohr. Die Anklage: an der verbotenen Demo der 100 000 vom 28. 2. 81 gegen das AKW Brokdorf teilgenommen zu haben und dabei einen im Wassergraben gelandeten SEK-Bullen mit Knüppeln und Spaten "lebensgefährlich" verletzt zu haben; also schließlich: gefährliche Körperverletzung und schwerer Landfriedensbruch. Das Beweismaterial: das "Grabenfoto", daß ein Pressefotograf kurz nach der Demo wissenschaftlich in Umlauf setzte und das die Polizei als Steckbrief zur bundesweiten Fahndung nach den "Mördern von Brokdorf" und damit zurechen Vorverurteilung im Rahmen einer Medienhetze, d.h. zur Einleitung eines großangelegten Schauprozesses benutzte.

Diese Urteile gegen Markus und Michael bilden einen Höhepunkt, sie stehen aber nicht allein da. Es gab in letzter Zeit eine Welle von Terrorurteilen gegen kämpferische AKW-Gegner, gegen kämpferische Teilnehmer der sozialen Bewegungen in der BRD. Allein in Berlin wurden im Februar des Jahres innerhalb von 3 Tagen Jan K. zu 3 1/2 Jahren, Karl-Heinz B. zu 15 Monaten und Jan Claude K. (ohne Anrechnung seiner 7 Monate U-Haft) zu 2 Jahren Knast verurteilt. 7 1/2 Jahre Knast innerhalb von 3 Tagen! Diese Terrorurteile sind weder "Ausrutscher" noch sind sie mit besonderen Persönlichkeitsmerkmalen der jeweiligen Staatsanwälte, Richter usw. zu erklären. Sie verfolgen im Gegenteil die Absicht, jede entstehende Bewegung, die sich über die vom Staat erlaubten Schranken des demokratischen und friedlichen Protestes hinwegsetzt und damit sein Gewaltmonopol - und sei es nur im Ansatz - in Frage stellt, zu bekämpfen und zu kriminalisieren.

Gerade die Prozeßführung des Itzehoer Gerichts war darauf angelegt, den Angeklagten jegliche politische Legitimation abzuspüren und sie als bloße "Straftäter" hinzustellen. Um aus Mangel an "objektiven" Beweisen doch noch festzustellen, ob der Angeklagte die entsprechende Tat begangen hat, wurde nach dem Prinzip der "Täterpersönlichkeit" ermittelt: Welchen Charakter hat der Angeklagte, ist er zur Tat "veranlagt"? Um dies herauszufinden, hat das Gericht einen "Spezialisten" bestellt, der - "wissenschaftlich" kompetent in Sachen Psychiatrie und Psychologie - ein Gutachten über den "Täter" erstellte. Die Prozeßführung - insbesondere gegen Michael - stützte sich auf dieses "Gutachten", das dazu diente, die politische Identität der Angeklagten als eine kriminelle und abnorme Veranlagung darzustellen und sie in das Schema kapitalistischer Sklavenmentalität (= "Bürger") zu pressen.

Der ganze Prozeß stellte eine große politische Herausforderung an die Anti-AKW-Bewegung, bzw. an ihren politisier-testen Teil. Die Alternative: Entweder sich auf einen gemeinsamen Boden mit dem bürgerlichen Recht, auf den Boden der "objektiven, wahrheitsfindenden Justiz", den Boden der über den Klassen stehenden Werte, d.h. auf den uns diktierten Boden stellen und klein beigeben, oder die gegen uns alle gerichtete Herausforderung (auch als kleinere Gruppe) annehmen, unsererseits einen politischen Prozeß führen und auf dieser Grundlage eine Unterstützungs- und Mobilisierungsarbeit leisten, was zugleich den politischen Willen der Angeklagten stärkt.

Im Brokdorfprozeß wurde diese Herausforderung des Staates an die Bewegung angenommen und zwar mit beispielhafter Kontinuität und Hartnäckigkeit. Aus einer sozialen Bewegung heraus wurde eine Verteidigung organisiert, die sich nicht auf den Boden der bürgerlichen Justiz stellte, also nicht von deren Kategorien ausging und von ihr keine Gnade erlebte. Man hat im Gegenteil die bürgerliche Justiz als Klassenjustiz entlarvt, als ein Instrument, welches die herrschende Klasse gegen uns einsetzt.

Die Unterstützer der Angeklagten erklärten eindeutig: "... daß wir kein Gericht akzeptieren, weil ihr "Recht" nie unser Recht sein wird, und weil wir nicht wie passive Opferlämmer über uns Gerichte sitzen lassen. Wir haben die politische Legitimität, dieses Zeremoniell mit seinen offenen und subtilen Gewaltstrukturen anzugreifen, zu stören, diese scheinbare Objektivität aufzudecken und den Anschein von anonym, wertfreier Rechtsprechung zu zerstören" (Erklärung des AK-politische Ökologie in "Große Freiheit" Nr. 51, Juni 82). Mehr noch, man stellte sich der Herausforderung der heiligen Wissenschaft: Sie wurde, wie die Justiz, als eine Klassenwissenschaft entlarvt.

Man hat zwar die Möglichkeiten der rein juristischen Verteidigung genutzt, diese aber nicht zum Ausgangspunkt gemacht, sich durch sie nicht bedingen lassen. Im Gerichtssaal wurde der Verhandlungsablauf durch Aktionen gestört und unterbrochen; vor dem Gerichtsgebäude liefen Aktionen ab; Demos, Stände, Flugblattaktionen wurden in einem weiten Kreis organisiert; ein Prozeß-Info wurde regelmäßig herausgegeben. Entgegen dem allzu bekannten Sektierertum hat man die Verteidigung nicht als Privatangelegenheit eines eng eingegrenzten Personenkreises aufgefaßt, sondern eine breite Öffentlichkeitsarbeit geführt, die die ortsansässige Bevölkerung und die Bewegung informiert und zur aktiven Solidarität aufruft.

Es sind Erfahrungen gesammelt worden, an die man anknüpfen kann, die gerade auch im Hinblick auf die Zukunft wertvoll sind, auch wenn dieser Punkt im Moment unter dem Schock der Härte des Urteils nicht so im

Bewußtsein liegen mag. Gerade weil man nicht bereit war, die eigene politische Identität und den eigenen Kampf preiszugeben, um evtl. ein milderes Urteil zu erreichen, gerade weil man auf die Erfahrungen des Kampfes im Brokdorfprozeß zurückgreifen kann, wird man darauf aufbauen können, um Kräfteverhältnisse zu schaffen, die der Bourgeoisie solche Urteile unmöglich machen werden.

Nun hat das Urteil eine Welle der demokratischen Empörung in der liberalen Bourgeoisie hervorgerufen. Man sei nun doch zu weit gegangen... Und einige "Linke" meinen, sich auf diese "Empörung" stützen zu können, um (auf dieser Grundlage!) eine Revision des Urteils zu erreichen. So schreibt der "Aktionskreis Leben" in seinem Flugblatt zum Urteil: "Alle Prozeßbeteiligten waren über diese maßlose Strafforderung, die in keinem Verhältnis zu den Ergebnissen der Beweisaufnahme stand, empört" (Hervorhebung IKP). Mit solchen "Erkenntnissen" stellt man sich auf den Boden der bürgerlichen Justiz, was nur dazu dienen kann, die Ergebnisse und Erfahrungen des Brokdorfprozesses in den Hintergrund zu drängen und die Kämpfer zu demoralisieren. Solidarität heißt deshalb nicht zuletzt, den Kampf, der gegen diesen Prozeß geführt wurde, zu verteidigen. Auch gegen solche Kräfte, die durch die Entdeckung und Entlarvung von Skandalen den wirklichen Skandal vertuschen wollen.

Quellenangabe-Überschrift: Rosa Luxemburgs Rede auf einer Protestkundgebung in Frankfurt am Main am 22. 2. 1914 gegen ihre Verurteilung, Gesammelte Werke, Bd. 3, S. 407.

Aktueller Nachtrag: Markus' Haftbefehl ist am 8.7. ausgesetzt worden. Gerade die potentielle Radikalisierung von vielen Leuten in der ganzen BRD angesichts der Terrorurteile hat den Staat zu diesem Manöver gezwungen, und nicht etwa die erbärmlichen Appelle der linken Edeldemokraten. Die Bourgeoisie will offensichtlich den Eindruck verbreiten, daß eine solche Appell-Politik erfolgreich sein kann und die Leute, die auf einer nicht kompromißerbaren Ebene solidarisch sind, verunsichern. Aber was bedeutet denn die Aussetzung eines Haftbefehls? Daß Markus mit einem Bein immer noch im Knast steht. Und Michael werden sie gar nicht erst rauslassen. Die Solidarität muß weitergehen, bis Markus und Michael wirklich frei sind! 9.7.

Beruhet die Existenz Israels auf der Unterdrückung der Palästinenser und auf ihrer Überausbeutung in der israelischen Industrie und Landwirtschaft, so ist die Befriedung der Palästinenser auch eine Voraussetzung für den Bestand der arabischen Staaten des Nahen Ostens. Sie suchen deshalb nach einer Lösung, die nicht weniger gemein und brutal ist als die israelische Aggression: ein Ministaat auf der Westbank, wirtschaftlich völlig abhängig von Israel, militärisch in Schach gehalten von allen Staaten der Region - ein Riesenkast für eine ganze Arbeiterbevölkerung! Und die Vernichtung des palästinensischen Widerstands, die Zerstörung seiner Logistik und die Dezimierung der Kämpfer soll die Palästinenser dazu zwingen, eine solche Lösung zu akzeptieren.

Es versteht sich von selbst, daß diese ganze Politik durch die westlichen Imperialisten eingefädelt wurde und abgedeckt wird. Der Zionistenstaat ist ihr sicherster Stützpfiler in einer ansonsten sehr unsicheren Region, ohne ihre permanente militärische und finanzielle Unterstützung wäre er nicht lebensfähig. Angesichts der strategischen Wichtigkeit der Region (Erdöl, militärische Kontrolle des Mittelmeers und des Indischen Ozeans) ist ein absolut sicherer Vasallenstaat für sie unerlässlich. Ihre ganze Politik richtet sich deshalb auf die Sicherheit Israels aus. Ausgehend von dieser unumstößlichen Richtschnur suchen sie die Basis ihrer Herrschaft im Nahen Osten natürlich zu erweitern durch die immer festere Einbindung verschiedener arabischer Staaten in ihre wirtschaftliche, politische und militärische Strategie.

Die "internationalistische" Politik der UdSSR bestand bis jetzt lediglich darin, die arabischen Staaten aufzufordern, etwas zu tun, weil sie ja nichts tun können solange die arabischen Staaten nichts tun. Gut gebrüllt, Löwe, vor allem, weil sie ganz genau weiß, daß die arabischen Regime keinen Finger krumm machen werden. Ihr geht es auch nicht um die Palästinenser und deren Selbstbestimmungsrecht, daß nur durch die Vernichtung des Staates Israel zu verwirklichen ist: Sie erkennt

### Solidarität mit den 12 Angeklagten von Bradford!

Vor etwa einem Jahr ist es in London-Brixton, Liverpool, Manchester usw. zu den Haubausbrüchen von proletarischen Jugendlichen verschiedener Nationalität gekommen. Die englische Bourgeoisie versucht heute, nachdem die Bewegung zurückgeflossen ist, an den Jugendlichen, die sie als "Anstifter" der Unruhen betrachtet, ein Exempel zu statuieren. 12 Jugendliche aus Bradford, die aus Afrika, Asien und der Karibik stammen, wurden am 26. April in Leeds vor Gericht gestellt. Sie sind der "Verschwörung" und des Vergehens gegen das Gesetz über Sprengstoffbesitz von 1883 angeklagt und es droht ihnen eine lebenslängliche Gefängnisstrafe.

Wie überall auf der Welt zeigt sich auch hier die Notwendigkeit einer Klassen-solidarität gegen die bürgerliche Repression. Zur Unterstützung der 12 aus Bradford hat sich ein nationales Komitee gebildet. Schreibt an das Komitee, um Eure Solidarität zum Ausdruck zu bringen!

National Mobilisation Comitee  
Free the Bradford 12, Box JK, Lap,  
59 Cookridge Street, Leeds 2  
Great-Britain

### Klassenjustiz gegen die Guerilla

Die Verurteilung von Sieglinde Hofmann zu 15 Jahren Knast, die Entscheidung der Schweiz, Gabriele Kröcher-Tiedemann "nach Verbüßung" einer 15-jährigen Zuchthausstrafe an die BRD auszuliefern, vier Jahre Knast für Ingrid Barabass. Zeitlich rasch aufeinanderfolgende, international konzentrierte Schläge der Klassenjustiz gegen die Guerilla, Präventivschläge gegen die proletarische Massenbewegung, deren Vorankündigung /Vorläufer in den Metropolen die Guerilla ist. Fühlen/wissen, daß die Schläge gegen die Guerilla sich vorbeugend gegen das revolutionäre Wiedererwachen des Proletariats richten, ist heute noch Sache Weniger. Es wird aber - unabhängig von der Einstellung zur strategischen Konzeption der Guerilla - Antrieb einer Massensolidarität sein, die heute ebensowenig vorhanden ist wie das Gefühl der Klassenidentität der Proletarier, die erst durch Kampf entsteht. Daher: Die Betroffenheit wie jeden RiB in dieser Gesellschaft zum Hebel machen, um für die Wiederaufnahme des proletarischen Klassenkampfes zu arbeiten. Und jeden sozialen Kampf zum Hebel machen, um für die Entstehung einer Klassenidentität zu wirken, der Identifikation mit den Kämpfern, die in den Krallen des Feindes sind! Klassenfront.

Ja das Existenzrecht Israels an; ihr geht es im gegenwärtigen Krieg erstmal darum, daß ihr syrischer Verbündeter die Krise übersteht und nicht in eine Konfrontation hineingezogen wird, die das jetzige Regime nicht überleben würde. Desweiteren plädiert sie wie immer für eine neue Nahostkonferenz, d.h. für ihre Einbeziehung in den "Friedensprozeß". Und dennoch sind wir sicher, daß die USA diese devote Haltung dieses "natürlichen Verbündeten aller Befreiungsbewegungen" und dessen stillschweigendes Akzeptieren der pax americana nicht gebührend honorieren werden. Auf dem Boden der imperialistischen Räubereien herrschen scheinbar andere Gesetze als im Paradies der "friedlichen Koexistenz"...

Noch stehen die palästinensischen und libanesischen, überhaupt die arabischen Arbeiter, Slumbewohner, Gelegenheitsarbeiter, verarmten und landlosen Bauern der imperialistischen Weltordnung allein gegenüber. Es ist also unsere Aufgabe hier in der BRD, einem der wichtigsten Zentren imperialistischer Herrschaft, die Bedingungen dafür zu schaffen, daß ihre Isolierung in Zukunft auf einer breiten Ebene durchbrochen werden kann. Daß das deutsche Proletariat in Zukunft angesichts solcher Schweinereien nicht mehr ruhig bleibt; denn nur wenn wir es schaffen, den eigenen Imperialismus zu schwächen, werden wir die Kampfbedingungen des arabischen Proletariats verbessern können. In dieser internationalen Verbindung wird sich dann die Perspektive der Revolution im Nahen Osten - Eckpfeiler der europäischen und Weltrevolution - konkretisieren, die Perspektive der Zerschlagung des Staates Israel und aller anderen Staaten der Region.

7.7.82

### Eine Front ... FORTSETZUNG VON S.1

auf der Grundlage des status quo nicht durch die zionistische Militäraktion allein möglich, sondern nur durch die Zusammenarbeit sämtlicher bürgerlicher Kräfte der Region und vor allem durch den Druck des amerikanischen und des europäischen (an erster Stelle französischen) Imperialismus.

Dieser ganze dreckige Krieg ist sowieso die logische Konsequenz der Politik des amerikanischen Imperialismus, des Camp-David-Friedens: Israel wurde so der Rücken freigemacht, damit es seine Kräfte voll und ganz auf eine "Bereinigung" der Lage im Norden konzentrieren konnte. Der Krieg kündigte sich denn auch schon seit Monaten an, die Truppen waren schon lange bereitgestellt, die Zionisten warteten nur noch auf eine günstige Gelegenheit. Schon hier, im Vorfeld des Krieges, zeigte sich die Kumpanei sämtlicher Staaten der Region, denn niemand unternahm irgendetwas gegen den drohenden Schlag. Und auch der PLO-Führung fiel nichts besseres ein, als über die Verletzung des Waffenstillstands zu jammern, als wenn es zwischen Zionismus und den Palästinensern jemals einen Waffenstillstand gegeben hätte und hätte geben können.

Das Schweigen und Stillhalten sämtlicher arabischer Regimes mit ihrer Zerstörtheit erklären zu wollen, scheint uns etwas zu platt zu sein. Die Erfahrung zeigte immer, daß sich im Zweifelsfalle ihre Feindschaften genauso schnell in Freundschaften verwandeln können wie ihre Freundschaften in Feindschaften. Der wahre Grund liegt in ihrer sozialen Komplizenschaft mit Israel begründet: Nicht nur Israel hat Ärger mit der radikalen palästinensischen Bevölkerung; in sämtlichen Staaten der Region leben Palästinenser, die entweder an der Spitze der sozialen Kämpfe stehen oder ein Ferment der sozialen Unruhe darstellen. Man kann sie nicht rauschmeißen, denn es gibt keinen Staat, in den man sie gefahrlos stecken könnte. Die Zunahme ihrer Präsenz würde aber das überall erschütterte soziale und politische Gleichgewicht zerstören. Deshalb geht z.B. Ghadafi trotz seines Verbalradikalismus soweit, selbst der PLO wörtlich den Selbstmord zu empfehlen. Und außerdem genießen sie die Sympathie und den Schutz der armen arabischen Massen, so daß sie nur sehr schwer im Rahmen der herrschenden Ordnung zu halten sind. Sie sind deshalb auch in den arabischen Ländern einer besonders scharfen Unterdrückung ausgesetzt.

### Der „reale Sozialismus“, der 100 % kapitalistisch ist

Jahrzehntlang haben diejenigen, die den "sozialistischen" Charakter der Länder des Ostblocks verteidigten, die Verdienste der sogenannten "Planwirtschaft" gepriesen. So soll sie z.B. höhere Wachstumsraten als im Westen ermöglicht haben. Tatsache ist aber, daß die Wachstumsraten der Ostblockländer ständig gesunken sind und bereits seit langem hinter den Wachstumsraten von Ländern wie Japan oder gar Südkorea zurückgeblieben.

### Der Sozialismus kennt keinen Tauschwert

Die Behauptung, daß die kommunistische Forderung nach der "Ausrichtung der Produktion auf die Bedürfnisse" in den Ländern des Ostblocks verwirklicht sei, zeugt offensichtlich von schwarzem Humor. Man denke nur einmal an die zahllosen Stunden, die die Proletarier in Polen aber auch in Rußland dabei verlieren, nach einem langen Arbeitstag vor den Geschäften Schlange zu stehen.

Die Apologeten des "realen Sozialismus" antworten darauf, daß dies die "Schuld des Imperialismus" sei, der die armen Länder mit "Planwirtschaft" zu einem ständigen Wettrennen treibt. Wenn aber die Produktion von Kanonen anstatt von Butter ein Gesetz des Kapitalismus ist, so bedeutet dies, daß es dem "realen Sozialismus" trotz seiner anderslautenden Behauptungen nicht gelungen ist, die Auswirkungen dieses Gesetzes auf die Gesellschaft zu beseitigen. Das Argument kehrt sich also gegen diejenigen um, die es vorbringen.

Aber der polnische Bergarbeiter, dessen Arbeitstag verlängert wird, damit er mehr Kohle produziert, während er zur eigenen Beheizung weniger Kohle haben wird, dieser Bergarbeiter braucht keine großen Erklärungen, um zu verstehen, daß er die Kohle nicht für den gesellschaftlichen Gebrauch, für ihren Gebrauchswert, sondern weil sie sich gut auf dem Weltmarkt verkauft, also für ihren Tauschwert produziert. Er weiß sehr wohl, daß die nationalen Unternehmen die sich aus diesem Verkauf ergebenden Devisen brauchen, um sich auf demselben Weltmarkt Maschinen und Rohstoffe zu besorgen und vor allem, um die Wucheranleihen des internationalen Finanzkapitals zu rückerzahlen, das von seiner Arbeit ebenso profitiert wie die polnische Bourgeoisie. Es ist in der Tat unmöglich, am Weltmarkt teilzunehmen, ohne seinem Gesetz

Die "Planwirtschaft" soll es angeblich auch ermöglicht haben, Krisen zu vermeiden. Sie hat an die Stelle der Überproduktionskrisen "westlicher" Prägung aber nur eine Lage treten lassen, wo das Zusammenspiel von innerer Rückständigkeit und gleichzeitigem Druck vonseiten des Weltmarktes zum industriellen und landwirtschaftlichen Bankrott führte. Die polnische (und bald auch die rumänische) Wirtschaft oder auch das totale Scheitern der russischen Landwirtschaft sind ein Beweis dafür.

unterworfen zu sein, und dies ist das Gesetz des Kapitals, der imperialistischen Ausplünderung, des "ungleichen Austausches", der wilden Konkurrenz, der Ausbeutung und der Ausschaltung der Kleinen durch die Großen. Und wenn dieser Markt in Krise gerät, so sind diejenigen Länder, die auf ihre industriellen Exporte setzten, um sich hier einen Platz zu erobern, als erste davon betroffen.

In Wirklichkeit denken die polnischen Unternehmen wie überhaupt alle Unternehmen in den Ostblockländern in denselben wirtschaftlichen Kategorien wie der Westen: Lohn, Preis, Profit, Kosten usw. Und dies nicht nur aus Bequemlichkeit oder Gewohnheit, wie die Apologeten des "realen Sozialismus" behaupten, sondern weil sich hinter diesen Kategorien dieselben sozialen Verhältnisse verbergen. Der Tauschwert, den alle Produkte in den Ostblockländern annehmen, enthält in der Tat kein einziges Fünkchen von Sozialismus. Was in der Sicht des Marxismus den Sozialismus kennzeichnen wird, ist die Tatsache, daß die Produkte der menschlichen Arbeit ihren Tauschwert oder Warencharakter verlieren: Der Sozialismus produziert nicht für den Markt, um Devisen oder nationales Geld zu machen. Er kennt nur den Gebrauchswert, d.h. die gesellschaftliche Nützlichkeit. Seine Buchführung hat nichts zu tun mit der heute praktizierten doppelten Buchführung (Soll und Haben), die darauf aus ist festzustellen, ob man einen Profit erzielt hat oder nicht. Die sozialistische Buchführung hat eine andere Zielsetzung. Ihr geht es darum, die Produkte, die in der gesamten Gesellschaft gehörenden Lagern ein- und ausgehen, zahlenmäßig zu erfassen und die gesellschaftliche Anstrengung, die für ihre Herstellung nötig war, zu messen, und zwar nicht mit dem Maßstab des Geldes, sondern der gesellschaftlichen Arbeitszeit.

### Hinter der angeblichen „Planwirtschaft“

### verbirgt sich eine handfeste Betriebswirtschaft

In den Ländern des Ostblocks erfolgt die Buchführung nicht auf der Grundlage der Arbeitszeit sondern des Wertes, was für den Marxismus ein eindeutiges Kennzeichen für die Warenwirtschaft ist, deren höchst entwickelte Form der Kapitalismus darstellt. Eine hartnäckige Legende, die sowohl von den "kommunistischen" Anhängern des "realen Sozialismus" als auch von den westlichen Liberalen verbreitet wird, versucht, die "Planung" und die staatliche Kontrolle, die in den Ostblockländern in Kraft sind, d.h. die Festlegung der Preise und Löhne durch die Verwaltung, die Festlegung der zu produzierenden Mengen und die Festlegung der Zulieferer und Abnehmer durch die Verwaltung als eine sozialistische Planung auszugeben.

Ein bürgerlicher Ökonom, der heute in Mode ist, definiert den Kapitalismus als eine "Betriebswirtschaft". Er hat vollkommen recht und tut damit übrigens nichts anderes, als die marxistische Definition zu übernehmen. Die sozialistische Planung ihrerseits setzt die Abschaffung der Betriebswirtschaft, der berüchtigten Unternehmensbilanz (Aktiv-Passiv, Soll-Haben) voraus, die selbst im Falle von Nationalisierungen vom Vorhandensein eines Eigentums gegen die Gesellschaft, d.h. dem Anrecht besonderer sozialer Gruppen auf den gesellschaftlichen Reichtum zeugt.

Der Sozialismus setzt nicht allein voraus, daß der Staat zum alleinigen Kapitalbesitzer geworden ist. Dies ist nur eine Übergangsmaßnahme. Er setzt auch voraus, daß man darüber hinausgeht, daß die Betriebsgrenzen, der Austausch zwischen den Betrieben aufgehoben werden und daß die Gesellschaft direkt alle Produkte der

menschlichen Arbeit, die gesamte Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums kontrollieren kann, ohne daß sich irgendeine gesellschaftliche Einheit - die Betriebe - dazwischenschieben können. Dies setzt eine Reihe von Bedingungen voraus, die die Betriebsgrenzen sprengen: Bedingungen auf wirtschaftlicher Ebene (insbesondere die Konzentration), die nur der fortgeschrittene Kapitalismus liefert, und Bedingungen auf politischer Ebene, nämlich die Diktatur des Proletariats. Nur so kann man den ökonomischen Gesetzen, die sich der Menschheit durch das Aufeinanderprallen einer Unmenge von Einzelentscheidungen und der sich daraus ergebenden Anarchie aufzwingen, ein Ende bereiten. Nur so kann man die gesellschaftliche Arbeit wirklich planen und zu einer rationalen Tätigkeit werden lassen.

Zweifellos gibt es in den Ländern des Ostblocks "Planungsorgane". Ihre Planung - die man noch nach den einzelnen Ländern unterscheiden muß - wird formal gesehen zentralisierter und bürokratischer gehandhabt als im Westen. Aber wenn diese Planung auch das Funktionieren der einzelnen Betriebe behindert, so schafft sie ihren Unternehmenscharakter doch genausowenig ab wie ihre Autonomie. Die in den Ostblockländern praktizierte "Planung" ändert nichts daran, daß die Betriebe auf dem Markt die Arbeitskräfte, Rohstoffe und Maschinen einkaufen und die produzierten Waren verkaufen. Diese "Planung" verhindert keineswegs, daß die Betriebe ein Ausgangskapital besitzen und am Ende des Produktionszyklus über ein höheres Kapital verfügen. Ganz im Gegenteil verlangt sie dies sogar.

### Ein ganz gewöhnliches mehrwerthungriges Kapital

Als Mehrwert bezeichnet man in der Wirtschaft das am Ende eines Produktionszyklus erzielte zusätzliche Kapital. Damit man von einem solchen Mehrwert sprechen kann, genügt es, daß die Mehrarbeit, d.h. die nicht unmittelbar von den Produzenten konsumierte gesellschaftliche Arbeit, Geldform annimmt. In den Ländern des Ostblocks wird dieser von den Betrieben eingestrichene Mehrwert genauso wie hier dazu verwendet, die Betriebsleiter, das Führungspersonal

und alle Aufseher und Betriebsbullen zu bezahlen. Er dient auch dazu, auf dem Weg der "Gewinnausschüttung der sozialistischen Betriebe" (was den verschiedenen hiesigen Gewinn- und Dividendensteuern entspricht) und der Umsatzsteuer (der hiesigen Mehrwertsteuer) die Staatsausgaben, d.h. alle "Unkosten" der kapitalistischen Produktion zu finanzieren: die verschiedenen Ausgabenposten der Ministerien, darunter die Gehälter der Bürokraten, der

Minister, Militärs, Bullen und Professoren des... "Marxismus-Leninismus"! Wozu der Mehrwert aber im wesentlichen dient, ist die Investition, d.h. die Umwandlung in Kapital, um einen neuen Mehrwert abzuwerfen. Wenn diese Eigenfinanzierung den Bedürfnissen eines Unternehmens nicht genügt, so kann dieses auch den Staat um eine Erhöhung seines Kapitals in Form von Subventionen bitten und vor allem auf Bankkredite zurückgreifen.

Nur verleihen die Banken, selbst die Staatsbanken und die "sozialistischen" Banken ihr Geld keineswegs zu egal welchen Bedingungen und egal an wen. Sie gewähren nur denjenigen Unternehmen Kredite, bei denen das Verhältnis zwischen Profit und Kapital (kurzum die Kapitalverwertung oder die Profitrate) es ermöglicht, das entliehene Kapital und die Zinsen zurückzu-

zahlen. Die Originalität des "realen Sozialismus" ist in der Tat entwerfend!

Wie also muß man sich verhalten, damit man sichergehen kann, über eine solche "Finanzdecke" zu verfügen, die es ermöglicht, von den Banken Kredite zu erhalten und investieren zu können? Nun, man muß eben Produkte herstellen, die sich besser verkaufen als diejenigen der anderen Betriebe, und die Produktionskosten senken; die Löhne beschneiden oder für denselben Lohn von den Arbeitern mehr verlangen; kurzum man muß auf dem Markt wettbewerbsfähiger sein und also die Arbeiterklasse besser ausbeuten. Jeder westlicher Proletarier kann sehen, daß sein russischer oder polnischer Klassenbruder genauso wie er selbst durch die Mangel genommen wird, daß er täglich die Auswirkungen der Kapitalakkumulation, des kapitalistischen Heißhungers nach Mehrwert zu erleiden hat.

## Der „reale Sozialismus“,

### Ein wirkungsloser

### und nur Scherereien verursachender Dirigismus

Zwischen den Bedürfnissen der von den Betrieben durchgeführten Kapitalakkumulation und dem bürokratischen Vorgabe- und Kontrollsystem, welches ursprünglich vom Stalinismus eingeführt und seitdem je nach den Ländern in unterschiedlichem Maße wieder abgebaut wurde, gibt es jedoch einen scharfen Widerspruch. Wenn die Betriebe weder die Preise und Löhne selbst festlegen, noch Käufer und Zulieferer selbst auswählen dürfen, so mangelt es ihnen an Flexibilität, um auf die Entwicklungen des Marktes reagieren zu können.

Diese "Rigidität" wird noch dadurch verschärft, daß die Betriebe keine Entlassungen vornehmen dürfen, wenn kein Ersatzarbeitsplatz zur Verfügung gestellt wird. Dies erhöht die Soziallasten der Betriebe, die sich darüber beklagen, daß sie die Arbeiter, die für die Produktion nicht unmittelbar eingesetzt werden können, weiterhin beschäftigen müssen. Die Arbeitsleistung wird so beeinträchtigt, weil die Angst der Arbeiter, entlassen zu werden, nicht so groß ist.

Wie haben die Betriebe dieses Handicap zu überwinden versucht? Nun, indem sie einerseits die am stärksten einschränkenden Bestimmungen bekämpft und Schritt für Schritt deren Abschaffung erreicht haben und indem sie andererseits dort, wo sie nicht offen bekämpfen konnten, diese Bestimmungen umgingen. Z.B. haben sie die Schwierigkeit, Arbeiter zu entlassen, dadurch kompensiert, daß sie die Konkurrenz in anderen Formen eingeführt haben: So besteht der Stücklohn, der unter Stalin im Rußland der dreißiger Jahre verallgemeinert wurde, auf großer Stufenleiter (für die Hälfte der Lohnabhängigen) fort. So wird das Lebensniveau extrem niedrig gehalten, vergleicht man einmal die Lage in Rußland oder Polen mit der Lage in Ländern, die über einen vergleichbaren Industrialisierungsgrad verfügen, wie z.B. Spanien, das doch keineswegs ein Beispiel für kapitalistische Menschenliebe ist. Aber dieser "Stachel der Konkurrenz" - wie man hier so schön sagt - ist im Osten im allgemeinen weniger wirkungsvoll, was die Betriebe dazu zwingt, einen größeren bürokratischen und polizeilichen Druck auf die Arbeiterklasse auszuüben, einen Druck der von ständigen Aufrufen zu größerer Arbeitsdisziplin (Kampagnen zur "Bekämpfung der Fehlzeiten" und der mangelnden Arbeitsmoral) begleitet wird.

Die andere Methode, die die Betriebe gefunden haben, um das sich aus dem rigiden Mechanismus des staatlichen Dirigismus ergebende Handicap zu überwinden, besteht darin, den Plan nicht ernstzunehmen.

Die Erfahrung zeigt, daß der Schwindel absolut gängig ist. Abgesehen von der Fälschung der Ergebnisse gibt es auch noch den Preisbetrug: Es genügt, das Etikett beizubehalten, aber die Menge oder die Qualität herabzuschrauben oder ein altes Produkt durch ein "neues" zu ersetzen. All diese Vorgehensweisen werden in den Ländern des "liberalen" Kapitalismus tagtäglich praktiziert. Sie sind in den Ländern des staatlichen Kapitalismus aber noch weitaus stärker vorhanden. Und dies geht wie geschmiert, denn dafür gibt es ja das den Kontrolleuren immer willkommenes Schmiergeld.

Aber all dies sind nur Kindereien verglichen mit jenem Phänomen, welches man in Rußland und Polen "Parallelwirtschaft" und in Ungarn "zweite Wirtschaft" nennt und bei dem es sich in Wirklichkeit um den Schwarzmarkt handelt.

Die Betriebe greifen gewöhnlich auf diesen Schwarzmarkt zurück, um sich diejenigen Rohstoffe, aber auch Halbfertigprodukte, Maschinen usw. zu beschaffen, deren Lieferung durch zu schwerfällige Verwaltungswege verzögert wird oder die der

amtliche festgelegte Lieferant nicht mit der gewünschten Lieferzeit, der gewünschten Menge oder der bestellten Ausführung und Qualität liefern kann. So ist es zum Beispiel bekannt, daß der Bedarf an Maschinensatzteilen in Rußland nur zu 10-15% durch offizielle Verträge gedeckt wird. Andererseits können die Betriebe durch dieses System ihre Produkte zu interessanteren Preisen verkaufen, die auf dem Konsumgüter Schwarzmarkt um ein mehrfaches über den offiziellen Preisen liegen, was den Reallohn der Arbeiter um eben diese Differenz sinken läßt.

Es geht also nicht nur darum, auf diesem Wege die Planziele zu erreichen, sondern auch schlicht und einfach darum die Verwertung des Kapitals zu vereinfachen und seine Umschlagzeit zu verkürzen, kurzum die höchstmögliche Profitrate zu erzielen.

"Alle diese 'Sozialisten' seit Colins haben das gemein, daß sie die LOHNARBEIT, also auch die KAPITALISTISCHE PRODUKTION bestehen lassen, indem sie sich oder der Welt vorgaukeln wollen, daß durch Verwandlung der Grundrente in Steuer an den Staat ALLE MISSTÄNDE der kapitalistischen Produktion von selbst verschwinden müssen. Es ist das Ganze also nur ein sozialistisch verbrämter Versuch, DIE KAPITALISTENHERRSCHAFT zu RETTEN und in der Tat auf NOCH WEITERER BASIS als der jetzigen NEU ZU BEGRÜNDEN." (Marx an Sorge, 20. Juni 1881, MEW 35, S.200)

Kapital und Lohnarbeit sind also zwei untrennbar miteinander verbundene Seiten ein und desselben gesellschaftlichen Verhältnisses. Es ist absolut unmöglich, das eine ohne das andere abzuschaffen.

Dieses Phänomen erreicht sowohl in Rußland als auch in den anderen Ländern einen beträchtlichen Ausmaß, dem man schätzt, daß 25% des Binnenhandels über den Schwarzmarkt abgewickelt werden! All dies ist dermaßen selbstverständlich, daß der Schwarzmarkt als notwendiges Korrektiv für den bürokratischen Dirigismus betrachtet wird, ganz so wie man bei uns die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft als notwendiges Korrektiv für den Liberalismus ansieht.

Aber das ist noch nicht alles. Der Staat selbst ist gezwungen, immer wieder seine eigenen Ziele mit Füßen zu treten: Da er die Betriebe nicht wie im Westen regelmäßig ihre Preise erhöhen läßt, greift er selbst zu brutalen Preiserhöhungen, die 50%, 100% oder sogar noch mehr erreichen, wie Polen zeigt. Andererseits revidiert man jedes Jahr die Zielvorgaben des Plans nach unten. Kurzum, der Plan paßt sich dem Markt und den Unternehmen an, und nicht umgekehrt. Im Osten wie im Westen wird lediglich die Anarchie des Marktes geplant.

"Eine Schlußfolgerung zwingt sich auf", heißt es in Le Monde vom 19. 12. 1981. "Es gibt keine Planung der sowjetischen Wirtschaft (...). 'Der Plan ist das Gesetz' wiederholen die sowjetischen Führer. Gewiß, aber das Gesetz des Dschungels, wo alle Mittel recht sind, um zum Erfolg zu kommen". Wir können uns nur beglückwünschen, daß die Bourgeois sich schließlich gezwungen sehen, auf ihre Lügen zu verzichten und eine Wahrheit anzuerkennen, die wir schon seit langem behauptet haben (1).

Wir haben gesehen, daß die Bedürfnisse der Kapitalakkumulation in den Ländern des Ostblocks mit einem System des staatlichen Interventionismus und Dirigismus kollidieren, das die Beweglichkeit der Unternehmen behindert. Daher ist in diesen Ländern seit mehr als 15 Jahren von Wirtschaftsreformen die Rede. Um aber

ihren Sinn zu verstehen, muß man sich zunächst die Entstehung des heute herrschenden bürokratischen Systems anschauen.

### Was die Oktoberrevolution auf ökonomischer Ebene tat

Der Staat, der 1917 in Rußland aus einer proletarischen und kommunistischen Revolution hervorging, hatte die Industrie nationalisiert. Er hatte dies übrigens eher tun müssen, als es ihm lieb war, da die Mehrheit der Kapitalisten während des Bürgerkrieges ausgewandert war. Er hatte sich ebenfalls dank der Nationalisierung der Banken und der Nationalisierung des Außenhandels die entwickeltsten Instrumente der staatlichen Intervention geschaffen. Dies änderte aber nichts daran, daß die russische Wirtschaft selbst nach der Abschaffung aller Überreste des Feudalismus noch immer der rückständigste Kapitalismus Europas blieb.

Stalinismus erwähnen. Trotz der wilden Ausbeutung der Arbeitskraft (Verlängerung des Arbeitstags, Beschleunigung des Arbeitstempos, Stachanovismus, niedrige Löhne) konnte der Stalinismus den "sozialen Schutz", den sich die Proletarier dank ihrer Revolution erobert hatten, nicht gänzlich abschaffen. So ließ er das Verbot von Entlassungen fortbestehen, was umso einfacher war, als es einen riesigen Bedarf an Arbeitskräften gab. Damit schuf er die Illusion einer unantastbaren Erungenschaft, auf die die Demagogen des "realen Sozialismus" immer mit Vorliebe hinweisen.

Das stalinistische System des Staatsdirigismus weist in Wirklichkeit wenig Bestandteile auf, die nicht auch in anderen Staaten, die niemals behaupteten, sozialistisch zu sein, zur Anwendung gekommen wären, ob es sich hierbei nun um Hitler-Deutschland, das faschistische Italien oder Japan am Anfang dieses Jahrhunderts handelt. Und die Erfahrungen der letzten 30 Jahre in den Ländern der 3.

Und sein sozialer Reformismus war übrigens keineswegs zu verachten, denn es ging auch darum, eine äußerst unruhige Arbeiterklasse, die wie in Ungarn, Polen oder Deutschland auf große revolutionäre Traditionen zurückblicken konnte, mit einigen Ködern zu täuschen.

Als aber der Wiederaufbau nach dem Kriege beendet war mußte dieses System des auf's Äußerste getriebenen Dirigismus zu einem zunehmend unerträglichen Hemmschuh für die Betriebe werden. Dies umso mehr, als Rußland nunmehr seine Industrialisierungsphase abschloß, um zu einem reifen Kapitalismus zu werden, was ungefähr mit der Epoche um Stalins Tod zusammenfiel.

### Der Sinn der berühmten Wirtschaftsreformen

Alle westlichen Kapitalisten wissen, daß jedem Grad der kapitalistischen Konzentration ein bestimmtes Ausmaß an Entscheidungsbefugnis entspricht, das nicht unterschritten werden darf, sofern die Anarchie des kapitalistischen Marktes nicht noch durch die Schwerfälligkeit eines exzessiven Bürokratismus verschärft werden soll.

Es ist nicht zu bestreiten, daß Rußland und alle Ostblockländer unter einer im Verhältnis zur schwachen technisch-ökonomischen Konzentration der Industrie übertriebenen zentralen Kontrolle leiden.

Man veruche einmal, hunderttausende von Produktionseinheiten zu kontrollieren, die alle notwendigerweise auseinanderstrebende und sich widersprechende Interessen verfolgen. Es wird einem nur mithilfe einer riesigen Bürokratie gelingen. Und in diesem Falle wird die Kontrolle im molekularen Spiel der für den Markt arbeitenden Produktionseinheiten selbst zu einem Hindernis werden, wird sie zur Lähmung dieser Produktionseinheiten führen. Die "nationale Wirtschaft" zähmen zu wollen, läuft darauf hinaus, die Konkurrenz und die Gesetze des Kapitalismus zu behindern, sie aber nicht aufzuheben. Und so hat man zu den Auswirkungen der kapitalistischen Ausbeutung noch diejenigen eines schlechten Funktionierens der Wirtschaftsmaschine hinzugefügt.

Ein anderes Problem des östlichen Kapitalismus besteht darin, daß die Arbeitsmethoden und die Methoden der Kontrolle der Arbeiterklasse, die der Periode der ursprünglichen und extensiven Akkumulation angepaßt sind, sich als fürchterlich rückständig erweisen, sobald sich die Wirtschaft gezwungen sieht, stärker auf den Wettbewerb ausgerichtete Formen einzuführen. So beklagen die Unternehmensleiter den übermäßigen Arbeitsplatzwechsel der Arbeiter (ein Drittel der Belegschaft der russischen Unternehmen wechselt einmal pro Jahr die Stelle), was die Produktivität nicht begünstigt. Sie beklagen auch das bedeutende Ausmaß an Unterbeschäftigung der Belegschaften.

Diese Erscheinungen haben einen allgemeinen Mangel an Arbeitskräften zur Folge. Dadurch wird die Konkurrenz zwischen den Arbeitern wenig angestachelt, was die Entwicklung der kapitalistischen Produktivität nicht fördert.

Die Ostblockländer haben also damit begonnen, das vom Stalinismus errichtete System Stück für Stück abzubauen.

Es kam zu Reformen der Beschäftigungspraxis und der Lohnstruktur (Einführung von Produktivitätsprämien) (3). Man geht jetzt zu einem Stadium über, wo die Manager fordern, ungehindert entlassen zu können. Die Unternehmen haben mehr Selbständigkeit erhalten: Sie haben sich eine gewisse Freiheit bei der Lohn- und Preisfestlegung erobert. Lieferanten und Abnehmer können jetzt auch leichter miteinander direkt Verträge abschließen.

### Warum der Widerstand gegen die Reformen?

Der Abbau des stalinistischen Systems ist je nach Ländern und Bereichen unterschiedlich weit fortgeschritten. Zwischen dem Funktionieren der sog. "sozialistischen" Bereiche in Ungarn und demjenigen der verstaatlichten Unternehmen in Frankreich oder England gibt es kaum einen Unterschied. Dagegen ist Rußland dafür bekannt, ständig Reformen auszurollen, die nur schwer in die Wirklichkeit umzusetzen sind, wenn auch eine gewisse Lockerung der zentralen Kontrolle über die Betriebe durchgesetzt wurde.

In den Ländern des russischen Glacis würde eine ungehemmte Liberalisierung zentrifugale protestliche Tendenzen freisetzen. Daher der Zick-Zack-Kurs und der Versuch, die politische Bindung an Rußland zunächst soweit wie möglich abzusichern. Man denke allein an Polen. Erst nach dem Staatsstreich vom Dezember 1981

der sich im wesentlichen gegen die soziale Bewegung der Arbeiterklasse richtete, aber auch die nationalistischen und pro-westlichen Tendenzen, die sich auf die Arbeiterklasse zu stützen versuchten, zur Raison rief, erst nach diesem Staatsstreich wurden die Wirtschaftsreformen wieder angekurbelt, zunächst durch die spektakulären Maßnahmen, den Betrieben die freie Preisgestaltung einzuräumen (in dieser Tatsache, daß nationalistische und protestliche Kräfte versuchen, sich auf die soziale Bewegung der Arbeiterklasse zu stützen, liegt die Ursache für die Verwirrung vieler revolutionärer Kräfte im Westen bezüglich der polnischen Ereignisse).

Vor allem aber spielt die Tatsache eine Rolle, daß die Betriebe trotz aller Unannehmlichkeiten im alten System auch ihre Vorteile finden. So besteht für sie, quasi als Ausgleich aller staatlichen Schikanen, ein unschätzbare Vorteil darin, daß ihre Verluste automatisch vom Staat übernommen werden. Hier im Westen ist das bei den großen Trusts üblich, die einen Einfluß auf die Staatsspitze ausüben (z.B. Stahlindustrie, Schiffbau usw.), kommt aber bei den kleineren Betrieben nur selten vor. Und wenn der Staat Bestimmungen über den Bankrott ausgearbeitet hat (was offensichtlich ein "Fortschritt" ist), so dürften natürlich die Schmiergelder von Seiten der Betriebsleiter und aller anderen Parasiten nicht fehlen, denn bei einer Anwendung dieser Bestimmungen könnten ihnen ja die Felle davonschwimmen.

Diese Erscheinung hat unter anderem zur Folge, daß finanzielle Schwierigkeiten der Betriebe in den Ostblockländern keinen Anlaß zur Kapitalkonzentration bilden. Auch wenn der Staat Eigentümer des Unternehmenskapitals ist und über ein einheitliches Finanzsystem verfügt, so ist die Größe der Unternehmen - verglichen mit den Ländern des sogenannten "liberalen" Kapitalismus - nichtsdestoweniger gering.

Dies bestätigt ebenso wie der tragikomische Charakter der Planung folgende marxistische These: Staatskapitalismus bedeutet nicht, daß die Unternehmen in den Dienst des Staates gestellt werden. Trotz der Kontrolle der einzelnen Betriebe bildet er keinen weiteren Schritt vorwärts in der Unterwerfung des Staates unter das Gesamtinteresse der Unternehmen, also unter das Kapital.

Die reformistischen Demokraten versäumen es nicht, die Arbeiterklasse in der Illusion zu wiegen, daß es den "Volkswirtschaften" des Ostens besser ginge, wenn alle diese Reformen bis zum Ende durchgeführt würden, und daß sich daraus für die Arbeiterklasse ein besseres Leben ergäbe.

Es stimmt zwar, daß auf der Grundlage des Kapitalismus eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft ein geringeres Übel darstellt, in dem Maße, in dem es dem Sklaven besser geht, wenn sein Herr Erfolg hat. Dies kann unter keinen Umständen ein Programm für die Arbeiterklasse darstellen.

Die verheerenden Konsequenzen einer solchen Perspektive treten heute unverhohlen zu Tage, wo der Weltkapitalismus in Krise geraten ist und die Krise notwendigerweise die schwächsten Länder, darunter Polen, am stärksten trifft. Aber andere Länder des Ostblocks und auch des imperialistischen Westens werden folgen. Es ist klar, daß unter diesen Bedingungen alle Opfer, die im Namen der nationalen Wettbewerbsfähigkeit gefordert werden, nur dazu dienen, die Arbeiterklasse noch stärker auszubeuten und den Kurs auf eine kriegerische Lösung der kapitalistischen Krise zu beschleunigen. Es ist klar, daß die Opfer, die Jaruzelski heute in Polen fordert, von Seiten einer sich auf die Sympathien der Arbeiter stützenden Regierung vielleicht in noch stärkerem Maße verlangt werden würden.

Das Weltproletariat hat an dem Gerümpel des stalinistischen Dirigismus genauso wenig zu verteidigen wie an dem Müll des westlichen Pseudo-Liberalismus. Es muß sich im Osten wie im Westen auf den Widerstand gegen die kapitalistische Offensive stützen, um wieder Vertrauen in die eigenen Kräfte zu gewinnen, um sich zu organisieren und seine internationale Partei wiederaufzubauen. Seine Revolution wird die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Osten wie im Westen von Grund auf umwälzen. Ihre Aufgabe wird es sein, den gesamten gesellschaftlichen Reichtum einer effektiven gesellschaftlichen Kontrolle zu unterwerfen, indem sie das kapitalistische, private, anonyme oder staatliche Eigentum aufhebt, um die kommunistische Transformation des Planeten zu verwirklichen.

1) Siehe hierzu "Der Mythos der 'sozialistischen Planung'" in "Kommunistisches Programm" Nr.11, Juli 1976

2) Siehe "Bilanz einer Revolution", KP Nr.15/16

3) Siehe hierzu "Rationalisierungen in Rußland", KP Nr.22, Juni 1979

## der 100 % kapitalistisch ist

Für Lenin hing das Schicksal der Revolution in Rußland von demjenigen der Revolution in Westeuropa ab. Nur letztere konnte dem noch zu 80% bäuerlichen Rußland die technischen Mittel verschaffen, um auf großer Stufenleiter zur vergesellschafteten Arbeit überzugehen und so die Bedingungen für die sozialistische Transformation sicherzustellen.

Was die Bolschewiki in der Zwischenzeit im wirtschaftlichen Bereich machen konnten war, durch die Einführung der Kooperation in der Landwirtschaft und die Entwicklung eines Staatskapitalismus in den modernsten Bereichen der Industrie einen Schritt in Richtung auf den entwickelten Kapitalismus zu vollziehen (2). Die Kontrolle durch den proletarischen Staat ließ hoffen, daß man die sozialen Auswirkungen der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland zumindest während einer gewissen Periode in den Griff bekommen könnte. Während dieser Zeit arbeitete der proletarische Staat mit all seinen Kräften für die Entwicklung und den Sieg der Weltrevolution.

Im isolierten Rußland führte der Druck der Akkumulation des Kapitals gegen die Diktatur des Proletariats zu einer Entartung der kommunistischen Partei an der Führung des Staates und schließlich zur Beseitigung aller Flügel, die diesem Druck Widerstand leisteten. Diese Entwicklung

Welt haben gezeigt, in welchem Maße der Staat bei der Industrialisierung eine wichtige Rolle spielt.

Die staatliche Intervention war nicht nur unerlässlich, um die entstehende Industrie vor dem Weltmarkt zu schützen, der sie zu ersticken drohte. Die Peitsche des Staates war notwendig, um die Produktionsmaschine auch dort maximal voranzutreiben, wo der Stachel der Konkurrenz zwischen den Unternehmen dies noch nicht in ausreichendem Maße tun konnte. Dieses Vorantreiben war notwendig, auch auf die Gefahr hin, eher die Menge als die Qualität zu steigern.

Die extreme Form, die der stalinistische Staatsdirigismus annahm, erklärt sich voll und ganz durch die Notwendigkeiten einer ursprünglichen Kapitalakkumulation, zu denen noch diejenigen einer Kriegswirtschaft hinzukamen. Dieses System erwies sich dann in denjenigen Ländern, die mit Jalta unter die Herrschaft des russischen Imperialismus fielen, als sehr nützlich. Es wurde 1945 unverändert angewandt und zwar in dem Maße, wie es den Plünderungen des russischen Imperialismus diente und es erlaubte, den spontanen Tendenzen der Unternehmen, mit dem Westen zusammenzuarbeiten, entgegenzuwirken.

bezeichnen wir als stalinistische Konterrevolution: Auf politischer Ebene hat sie die Perspektive der internationalen Revolution zerschlagen, und auf ökonomischer Ebene hat sie den Kräften des nationalen Kapitalismus wie auch dem Druck des Weltmarktes sowohl auf die Staatsindustrie als auch auf die kleine industrielle und landwirtschaftliche Produktion freien Lauf gelassen.

### Die historische Funktion des stalinistischen Dirigismus

Diese Konterrevolution, die sich 1926 mit dem Sieg des Stalinismus unter der Fahne des "Sozialismus in einem Land" durchsetzte, hat alle proletarischen und kommunistischen Eroberungen des Oktober fortgefegt.

Aber sie stellte die kapitalistische Verwandlung der Wirtschaft, die in Rußland damals historisch fortschrittlich und vom Standpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung, wenn man so will, "revolutionär" war, selbstverständlich nicht in Frage. Diese Entwicklung konnte sich von da an mit der stalinistischen Industrialisierung ohne Hemmnisse und in einem rasanten Tempo vollziehen.

Die stalinistische Konterrevolution stellte auch das Staatseigentum und die Formen des Staatsinterventionismus, die unter der Diktatur des Proletariats geschaffen worden waren, nicht in Frage.

Die wirtschaftliche Lage, deren Erbe sie antrat, war äußerst heikel: Nach den Zerstörungen der Jahre 1914 und 1920 hatte die Neue Ökonomische Politik (NEP) die Wirtschaft praktisch von Null an wieder auf die Beine stellen müssen. Erst 1927 hatte die Produktion wieder den Stand von 1913.

Der stalinistische Industrialismus bestand darin, riesige Massen von Bauern in Proletarier zu verwandeln und als Lohnarbeiter in die kollektive Produktion einzugliedern. Er stützte sich dabei auf einen Apparat, der keine hohe Produktivität ermöglichte, sondern vielmehr zu einer extensiven Ausbeutung der Arbeitskraft zwang. Und eine schnelle Industrialisierung war umso dringender notwendig, als sich ein neuer imperialistischer Konflikt abzeichnete. Man muß noch ein soziales Kennzeichen des



## Kämpfe gegen Betriebsschließungen und Massenentlassungen

„Es war das erste Mal, daß die Belegschaft die Erfahrung der eigenen Stärke gemacht hat.“

Es ist kein Geheimnis, daß es 1981/82 zu der größten Pleitewelle nach dem 2. Weltkrieg in der BRD gekommen ist. Diese Welle von Konkursen und Betriebsschließungen erstreckt sich auf alle großen Wirtschaftsbereiche. Das soziale Ergebnis dieser Entwicklung ist nicht nur das Ansteigen der Arbeitslosenquote, sondern auch eine Reihe von Kämpfen in den verschiedensten Betrieben. Angesichts eines Arbeitslosenheers von ca. 2 Millionen, abgesehen von der bestimmt nicht geringen Dunkelziffer, wird in diesen Kämpfen der Erhalt der Arbeitsplätze zur alles beherrschenden Frage. Das Trostpflaster einer Abfindung bei Entlassung wird als solches erkannt, denn die Aussicht auf einen neuen Arbeitsplatz ist minimal und für die ausländischen Kollegen fast überhaupt nicht gegeben.

Unter dem Druck, den Arbeitsplatz zu verlieren, und einer nicht gerade rosigen Zeit der Arbeitslosigkeit entgegen zu sehen, gab es in einigen Betrieben Warnstreiks und Demonstrationen. Höhepunkte dieser Verteidigung der Lebensgrundlage waren gewiß die Betriebsbesetzungen bei VDM, Rockwell Golde (beide Frankfurt) und Videocolor (Ulm). Bei VDM hatten im letzten Herbst die Arbeiter für eine Woche lang die Werkstore besetzt, um 1700 Arbeitsplätze zu verteidigen. Im Mittelpunkt, oder der Anlaß der Besetzung war ein Sozialplan, den die Kollegen als Beschluß ansahen. Das Ergebnis des Kampfes ist ein besserer Sozialplan.

Im Januar 1982 streikten 1700 Arbeiter bei Videocolor. Der Streik dauerte drei Wochen, aber der Erhalt der Arbeitsplätze konnte auch hier nicht erreicht werden. Der Sozialplan fiel aber etwas besser aus.

Im April standen bei Rockwell Golde fünf Tage die Räder still. Es wurde gegen 115 Entlassungen gestreikt, die dann auch von Rockwell Golde zurückgenommen wurden.

Abgesehen von den unmittelbaren Ergebnissen eines besseren Sozialplans oder den auf unbestimmte Zeit erhaltenen Arbeitsplätzen haben diese Kämpfe Erfahrungen und ein Gefühl der Stärke gebracht.



„Das war das erste Mal, daß die Belegschaft die Erfahrung ihrer eigenen Stärke gemacht hat“ - ein Kollege von VDM in einem Gespräch aus "Frankfurter Metallbote", Dezember 81. Daß dieses Gefühl der eigenen Stärke entstehen konnte, ist wohl der Tatsache zuzuschreiben, daß die Belegschaft die Sache selbst in die Hand genommen hat. Sie wurde durch das Verhalten der Gewerkschaft dazu gezwungen.

„Während unserer Aktion haben wir Betriebsrat und Vertrauensleute in die Pflicht genommen. Wir haben gesagt, wir haben zu euch als unseren gewählten Vertretern Vertrauen, jetzt haben wir die Initiative ergriffen und wir erwarten, daß ihr an vorderster Stelle daran teilnehmt. Deswegen haben wir auch kein eigenes Gremium aufgebaut, einen Kampfausschuß oder etwas ähnliches. Natürlich hatten wir einen Kern, der untereinander immer Kontakt hatte. Wir haben die ganze Aktion auch nicht einfach an die Vertrauensleute abgetreten, sondern wir selbst, die wir das ganze angefangen hatten, haben das auch weitergeführt“ (ebda) In diesem Interview wird auch gesagt, daß es besser gewesen wäre eine Art Kampfausschuß zu bilden, um auch die Verhandlungen besser in den Griff zu bekommen.

„Wir waren in unserer Situation auf die Verhandlungskommission zurückgeworfen und die war in der Hand der geschulten Leute der Ortsverwaltung.“ (ebda) Weiter unten: „Weil wir uns auf die Zusagen der IGM verlassen haben, sie würde etwas unternehmen, haben wir damals die Tore freigegeben. Weil wir uns auf die IGM verlassen haben, haben wir unsere Arbeitsplätze verloren.“ (ebda)

Tatsache ist also, daß in den unmittelbaren Kämpfen sich die Kollegen genötigt sehen, selbst organisatorische Schritte zu unternehmen, um sich zu verteidigen.

Die Rockwell Golde Belegschaft scheint ähnliche Erfahrungen mit der Gewerkschaft gemacht zu haben: „Es kommen

einige Sekretäre von der IGM, die sagen, daß sie uns verstehen und unsere Sache unterstützen wollen. Offiziell gibt es aber noch keine Reaktionen.“ (Interview mit Arbeitern aus der Türkei zum

Arbeitskonflikt bei Rockwell Golde" aus "Arbeiterpolitik")

Es scheint uns eine der wichtigsten Erfahrungen zu sein, die organisatorischen Notwendigkeiten nicht den Gewerkschaften zu überlassen. Diese Organisationskerne/pole leisten darüber hinaus, wie es bei Rockwell-Golde und VDM, Videocolor auch geschehen ist, eine Arbeit, die über den unmittelbaren Kampf hinausgeht. Abgesehen von der wertvollen Unterstützung und Solidaritätsarbeit, die geleistet wurde und zu einer gegenseitigen Stärkung führt, können diese Gruppen, die dies wohl auch schon angehen (Betriebsbesetzertreffen in Stuttgart mit Kollegen von VDM, Videocolor und Rockwell Golde) überbetrieblich und überregional Kontakte aufnehmen und Erfahrungen austauschen. So werden die Kämpfe zu einer Grundlage, auf die sich alle Kollegen stützen können. Die Besetzung von Rockwell Golde fand mit direkter Unterstützung der Kollegen von VDM statt!

Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist die Bekämpfung der Spaltung zwischen Deutschen und Ausländern in der Praxis. Die Kollegen von Rockwell Golde und von VDM berichten von dem großen Einsatz, wenn nicht sogar von der Führung des Kampfes (so bei Rockwell Golde) durch die ausländischen Kollegen. Bei Rockwell Golde war die Spaltung besonders kraß. „Einige Deutsche machen ja mit, aber in der Mehrheit wird diese Auseinandersetzung von uns Türken, den Spaniern, den Griechen und den Italienern getragen. Wir glauben, daß die Deutschen erst abwarten wollen. Sie meinen, wenn die Ausländer raus sind, behalten sie vielleicht ihren Arbeitsplatz. Die Deutschen verstecken sich hinter uns, wenn wir Erfolg haben, werden sie kommen.“ (ebda) Wie dem Interview zu entnehmen ist, wird die Besetzung von den Deutschen passiv unterstützt.

Der gemeinsame Kampf um den Arbeitsplatz, der für alle Arbeiter bedroht ist, hebt

die Konkurrenz zwischen den Kollegen im allgemeinen auf, also auch zwischen Ausländern und Deutschen. Wenn das auch nicht für alle Zeiten der Fall ist, so liefert die gemeinsame Aktion doch den Boden für die Überwindung der Konkurrenz zwischen den Arbeitern.

Die Erfahrung der eigenen Stärke; die Aufhebung der Konkurrenz unter den Arbeitern; die Notwendigkeit einer selbstständigen Organisation, die nicht unter der Kontrolle der Gewerkschaftsfunktionäre steht; die aktive Unterstützung der Kollegen über die Grenzen des eigenen Betriebes hinaus. Das ist das Positive, in die Zukunft Weisende, das diese Kämpfe gebracht haben. Dies hervorzuheben scheint uns um so wichtiger, als gerade der Kampf gegen Betriebsschließungen mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert wird. Die Suche nach einer dringenden benötigten Lösung führt unter den noch herrschenden ungünstigen Kräfteverhältnissen sehr leicht zur Ablenkung und Erstickung des Kampfes durch die Patentrezepte der Sozialpartnerschaft, sei es in Form der Appelle an den Staat, den Betrieb finanziell bzw. durch Bürgschaften zu unterstützen, sei es durch die Forderung einer Übernahme des Betriebes durch die Belegschaft u. dgl. Die Unterstützung seitens des Staates ist aber immer mit Auflagen verbunden, die den Betrieb wieder rentabel machen sollen und damit nur Rationalisierungen und Entlassungen bedeuten. Die Übernahme durch die Belegschaft kann unter kapitalistischen Verhältnissen nur bedeuten, daß diese sich selbst wegrationalisiert und abarbeitet, um den Betrieb wieder konkurrenzfähig zu machen. Das entscheidende bleibt daher, die erworbene Kampferfahrung und -kraft nicht durch diese Scheinlösungen läähmen zu lassen, sondern als Ansatzpunkt für einen noch breiteren Zusammenschluß der Kollegen zu erhalten, um sich dadurch gegen die Offensive der Unternehmer besser wehren zu können. Und angesichts der schon mehrfach belegten Natur der bestehenden Gewerkschaftsapparate ist ein kämpferischer Zusammenschluß der Kollegen nur möglich, wenn die Unabhängigkeit gegenüber diesen Apparaten und der Politik, die sie vertreten, gesichert wird.

**Spendet für unsere internationale Presse!**

Postcheckkonto 9635-107 - Berlin-West  
Gert Eichhorn - editon programm

Diese "neue Zusammenarbeit" wird auch noch von anderen Gewerkschaften praktiziert. So haben sich die Führer der mächtigen Lastwagenfahrer-Gewerkschaft ihrerseits mit "einem neuen nationalen Vertrag, der das Einfrieren der Löhne, eine geringere Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten und andere wichtige Zugeständnisse umfaßt", ein-

verstanden erklärt, "um die in dieser Branche übriggebliebenen Arbeitsplätze zu erhalten." (International Herald Tribune, 18. 1. 1982) Es sei nur kurz erwähnt, daß in den drei Jahren seit dem letzten Abkommen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern 120 000 Lastwagenfahrer ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die "neue Zusammenarbeit" bedeutet also nichts anderes als die Zustimmung der Gewerkschaften zu allen Angriffen auf die Arbeiterklasse.

Zugleich läuft in den USA eine wahre Offensive gegen das Recht auf gewerkschaftliche Vereinigung und das Streikrecht. Spitze des Eisbergs war die brutale Politik der Regierung Reagan gegen die streikenden Fluglotsen: Massenentlassungen, Auflösung der Gewerkschaft. Dabei fehlt in ganzen Regionen jede gewerkschaftliche Organisation, so im Mittleren Westen und vor allem in den sich stark industrialisierenden Südstaaten. Wer den Film Norma Rae gesehen hat, konnte plastisch erleben, wie die Unternehmer versuchen, jede gewerkschaftliche Organisation zu unterbinden. Und noch im vergangenen Jahr hat Dupont de Nemours, einer der größten Chemiekonzerne der Welt, sich aller möglichen Mittel bedient - Einschüchterung, Entlassungsdrohungen, rassistische Spaltung usw. -, um die Zulassung der United Steel Workers in 14 seiner Fabriken zu hintertreiben. Bei ihrem Versuch, selbst die klassenversöhnlerischen und z.T. von wahren Gangstern geführten US-Gewerkschaften von ihren Betrieben fernzuhalten, geht es solchen US-Kapitalisten ums Prinzip und um die Demonstration einer Position der Stärke: keine Arbeiterorganisation, keine kollektive Verteidigung. (Damit wird auch der Kampf klassenbewußter Arbeiter gegen die korrupten Gewerkschaftsapparate erschwert.)

o o o  
Durch die Zentrale des Weltimperialismus selbst zieht sich ein Klassengraben hindurch, und die Bourgeoisie sieht sich gezwungen, ihn zu vertiefen. Weltbeherrschend und damit von den Entwicklungen in der ganzen Welt abhängig, werden die USA zudem durch die Klassenkämpfe in allen Kontinenten in ihrer sozialen Struktur tiefst erschüttert werden. In der Bastion des Kapitals liegt eine entscheidende Sprengladung der Revolution.

## USA — Der Klassengraben vertieft sich

Fortsetzung von S. 3

durch drohende Entlassung und Arbeitslosigkeit, die Kürzung der Ausgaben für Sicherheitsmaßnahmen, die eh schon wenig wirksam waren, erhöhen die Gefahr von Arbeitsunfällen. So kam es 1981 allein in den Kohlebergwerken zu 147 tödlichen Arbeitsunfällen, der höchsten Zahl in den letzten 6 Jahren. Die New York Times kommentierte die zunehmenden Arbeitsunfälle folgendermaßen: "Die Gefahr von Arbeitsunfällen hat heute das höchste Niveau erreicht seit der Zeit der sweatshops (Werkstätten, in denen man Anfang des Jahrhunderts die Einwanderer überausbeutete) und den Jahren des speedup (beschleunigtes Arbeitstempo) zwischen 1920 und 1930." Weiter heißt es: "Die Arbeitssicherheit hat sich seit 1975 verschlechtert: Die internationale Konkurrenz und ein zu rigider Arbeitsmarkt haben zum Sinken der Profite und einer immer gefährlicheren Intensivierung des Produktionsrhythmus geführt" (New York Times, 13.2.81). Bereits 1979 lag die globale Arbeitsunfallrate über derjenigen von 1943, einem Jahr intensiver Kriegsproduktion!

Dies ist nur eine Auswirkung des offenen Angriffs des Kapitals auf die Proletarier in den USA, eines Angriffs, der auch die stärker abgesicherten Arbeiter trifft, die man lange Zeit als Beispiel dafür zitierte, daß auch die Arbeiter einen "Wohlstand" erreichen können. Auch in den USA begnügt sich die Regierung nicht damit, die Arbeiter mit Worten dazu aufzufordern, Opfer zu bringen, sie ist schon längst zu den Taten übergegangen.

### Die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenrate betrug Ende 1981 8,4%. Im Mai 1982 erreichte sie mit 9,4% den höchsten Stand nach dem zweiten Weltkrieg und lag damit höher als im bisherigen Rekordjahr 1975, wo man nach dem Erdölstock eine Arbeitslosenquote von 9% registrierte. Neu ist, daß die Arbeitslosigkeit nicht mehr nur die traditionell am wenigsten geschützten Arbeiterkategorien trifft. So beläuft sich die Arbeitslosenrate für die Erwachsenen bereits auf 8%. Angesichts dieser alarmierenden Erscheinung bemüht sich die US-Regierung vor allem darum, die statistischen Daten sinken zu lassen. Jede Bourgeoisie verwendet dabei einige

Tricks. Der Trick der Reagan-Regierung besteht darin, die jungen Arbeiter, die eine Schule besuchen, die Frauen, deren Mann über eine Vollbeschäftigung verfügt, und die unter 25-jährigen (bevor man sie auf dem Schlachtfeld auslöscht) aus der Statistik zu streichen.

Die Entlassungen häufen sich. In der Automobilindustrie ist heute jeder dritte Arbeiter arbeitslos. In Michigan, wo die Betriebe der General Motors Corporation liegen, beträgt die offizielle Arbeitslosenquote 16%. In der Stadt Flint im selben Bundesstaat erreicht die Arbeitslosigkeit 23%. Ebenso in Pontiac, wo General Motors seit 1979 7000 Arbeiter - die Hälfte der gesamten Belegschaft - entlassen hat und sich jetzt anschickt, weitere Fabriken zu schließen. Pontiac ist heute eine verlassene Stadt. Zahlreiche entlassene Arbeiter haben Michigan gen Süden verlassen, um zu versuchen, in Texas eine Arbeit zu finden.

Unter der schwarzen Bevölkerung erreicht die Arbeitslosigkeit katastrophale Ausmaße. 18,4% der Schwarzen sind arbeitslos, während es bei den Weißen "nur" 7,9% sind. Bei einer Quote von 46% ist fast die Hälfte aller schwarzen Jugendlichen arbeitslos, in der Hauptstadt Washington sind es gegenwärtig 55%. Die Prognosen der Bourgeoisie selbst sind pessimistisch. Der stellvertretende Staatssekretär im Wirtschaftsministerium erklärte im Januar, daß es "selbst im Falle eines Wirtschaftsaufschwungs 500 000 Arbeitsplätze weniger als vor 4 Jahren geben würde." (New York Times, 14.1. 1982).

Und wenn es nun zu keinem Aufschwung kommt, was im Augenblick am wahrscheinlichsten ist und die Bankiers so beunruhigt? Zehn der bedeutendsten amerikanischen Unternehmen bewegen sich am Rande des Bankrotts, und das Sinken der Inflationsrate in den USA entspricht eher einer schweren Rezession als einem guten Wirtschaftszustand.

### Verkaufte Gewerkschaften und „neue Zusammenarbeit“

Angesichts der Automobilkrise hat die UAW, die wichtigste Automobilgewerkschaft, eine Strategie entwickelt, die